

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 27.

Dienstag, den 2. April 1895.

Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelnegemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **26. März 1895** unter dem Vorfige des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Josef Mazenauer.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, ebenso die Herren Gem.-Räthe Markl, Mayer, Schrenckh und Dr. Perch.

2. In Beantwortung der vom Herrn Gem.-Rathe Böhrl in der letzten Gemeinderaths-Sitzung eingebrachten Interpellation, betreffend die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im unteren Theile von Rudolfsheim, insbesondere in der Billergasse, Sechshausenerstraße, Arnsteingasse und Rürnbergergasse, habe ich die Ehre mitzutheilen, dass an das Stadtbauamt bereits der Auftrag ergangen ist, unverzüglich ein Project für die Verbesserung der Straßenbeleuchtung in dem vom Interpellanten bezeichneten Theile von Rudolfsheim auszuarbeiten und zur Genehmigung vorzulegen.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Verlesung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

3. Interpellation des Gem.-Rathes Weismann:

Am 3. Jänner 1895 wurde wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Wasserschöpfwerkes an der Pressburger Reichsstraße im XI. Bezirke, Simmering, eine Offertverhandlung abgehalten.

Nachdem nun seit dieser Zeit beinahe drei Monate verflossen sind, ohne dass den betreffenden Geschäftsleuten, welche offeriert haben, bisher bekanntgegeben worden ist, ob die betreffenden Offerten angenommen worden sind oder nicht, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

warum die Entscheidung über die abgegebenen Offerten so lange Zeit verschleppt wird, und in welcher Weise verantwortet werden kann, dass die Arbeiten für die Herstellung dieses projectierten Schöpfwerkes so lange verzögert werden, wodurch die dringend notwendige Beiprügung der Pressburger Reichsstraße in der besonders frequentierten Strecke bis zum Central-Friedhofe auch im heurigen Jahre unmöglich gemacht wird?

(Rufe links: Bitte, etwas vernehmlicher! Man hört kein Wort! — Gem.-Rath Gregorig: Er kriegt keine 3000 fl. dafür!)

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath! — Ich werde die Angelegenheit urgieren und trachten, dass sie so bald als möglich erledigt werde.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

4. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneis:

Die Schweglerstraße im XIV. Bezirke befindet sich, seit das Thauwetter eingetreten ist, in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet; besonders bei der Ausfahrt in die Mürzstraße müssen die Fuhrleute mit schwerbeladenen Wägen die Pferde beinahe umbringen. Ich stelle daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wäre der Herr Bürgermeister geneigt, gütigst zu veranlassen, dass diesem Übelstande ehestens abgeholfen wird?

Bürgermeister: Ich werde das Erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

5. Interpellation der Gem.-Räthe Wimberger und Genossen:

Der Kampf der Civilmusiker gegen die Militärcapellen hat in den letzten Tagen eine Form angenommen, welche für das Eigenthum, den Verdienst und die körperliche Sicherheit einer ganzen Classe von hochbesteuerten und steuerwilligen Geschäftsleuten gerechtfertigte Befürchtungen erweckt.

Bereits seit einiger Zeit wird von gewisser Seite die Abhaltung von musikalischen Unterhaltungen durch die k. und k. Militärcapellen zu hintertreiben gesucht, und ist es leider in einzelnen Fällen auch gelungen, solche Productionen unmöglich zu machen, so im Etablissement Gschwandner, Bauer, Stalchner und bei mir. Besonders bedrohlichen Charakter hatten die Demonstrationen am 24. und 25. d. M., nachdem am Samstag den 23. d. M. eine Versammlung der Civilmusiker, welcher auch der Magistratsrath Dr. Kronawetter beigewohnt hat, abgehalten worden war.

Die Tagesblätter enthalten ausführliche, wahrheitsgetreue, wenn auch nicht erschöpfende Berichte über diese Vorkommnisse.

Thatsache ist, daß vielen hochbesteuerten Geschäftsleuten das Feiertagsgeschäft, auf welches sie große Hoffnungen setzen, vollständig verdorben wurde und ihnen Verluste empfindlicher Art verursacht wurden.

Ich halte es für eine Pflicht des Stadtoberhauptes, in Fällen, wo das Eigentum und die Sicherheit des Lebens von Personen gefährdet erscheinen, thätigst einzugreifen, um den Schutz der Behörde in ausreichendem Maße zu erwirken und die freie Geschäftsausübung der unter dem Steuerdrucke leuzenden Gewerbesteute zu sichern.

Ich anerkenne, daß im gegebenen Falle die polizeibehördlichen Organe, soweit ich aus eigener Wahrnehmung hiervon Kenntnis habe, ihre Pflicht vollständig und in lobenswerter Weise erfüllt haben.

Nachdem nicht abzusehen ist, welchen Charakter diese Demonstrationen in nächster Zeit annehmen werden, und der Herr Bürgermeister die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Agitation der Civilmilitär gegen die Militärkapellen, durchaus ungenügend beantwortet und es verabsäumt hat, irgendwelche Schritte zum Schutze der bedrohten Geschäftsleute zu unternehmen, so stelle ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe als Chef des Magistrates auch heute noch der Ansicht, daß er keine Verpflichtung habe, irgendetwas vorzusehen, daß den Gewerbetreibenden die unbeschränkte Ausübung ihres Geschäftes gesichert ist, und ist derselbe geneigt, die ihm nothwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen, damit die Geschäftsleute in Zukunft vor derartiger Geschäftsstörung gesichert erscheinen?

Bürgermeister: Gegenüber dieser Interpellation muß ich bemerken, daß Herr Gem.-Rath Steiner eine Interpellation in dieser Angelegenheit hier im Gemeinderathe nicht eingebracht hat, daß ich daher auch nicht in der Lage war, eine solche Interpellation zu beantworten, daher auch nicht in der Lage war, diese Interpellation ungenügend zu beantworten. Ich habe auch nicht erklärt, daß ich außerstande bin, irgendetwas vorzusehen, weil ja ein bestimmtes Verlangen, daß ich etwas vorsehen solle, an mich nicht gerichtet worden ist. Es war von dieser Angelegenheit gelegentlich der Generaldebatte über das Budget die Rede. Das war aber weder ein Antrag, noch eine Interpellation.

Ich werde mich übrigens über diese Anregung mit dem Herrn Polizeipräsidenten ins Einvernehmen setzen.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

6. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Gehmann:

Bei der Ausschreibung für die Gemeinderathswahl im dritten Wahlkörper des XIII. Bezirkes ist als Wahllocale der Sitzungsaal im dortigen Amtshause (XIII., Wattmanngasse 12) bestimmt worden.

Obwohl nun an 2000 Wähler dem dritten Wahlkörper des Bezirkes Hiezing angehören, fungiert doch nur eine einzige Commission zur Entgegennahme der Stimmzettel. Es kommt also, wenn, wie zu erwarten steht, eine sehr zahlreiche Wahlbetheiligung erfolgt, auf jeden Wähler eine Viertelstunde Zeit zur Stimmenabgabe. Da nun das Wahllocale im 2. Stocke gelegen ist und zu demselben relativ recht schmale Treppen führen, so stehen bei dieser Wahl große Unzuförmlichkeiten zu erwarten, ja es sind selbst arge Unfälle bei dem zu gewissen Stunden gewiss enormen Menschenandrang zu befürchten.

Da nun in anderen Bezirken selbst bei nur 1500 Wählern bereits zwei Sectionen in Thätigkeit sind, so erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe geneigt, für die Wahl des dritten Wahlkörpers im XIII. Bezirke noch eine zweite Section zur Stimmenabgabe zu activieren, um eine klagelose Durchführung einer aus diesem Gesichtspunkte bezüglich ihrer Gültigkeit nicht anzufechtenden Wahl zu ermöglichen?

Bürgermeister: Bitte auch gleich die nächste Interpellation vorzulesen, welche denselben Gegenstand betrifft.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

7. Anfrage des Gem.-Rathes Gregorik:

Bei der letzten unter der Bürgermeisterchaft des seligen Herrn Dr. Prix abgehaltenen Wahl in den dritten Wahlkörper des XIII. Wiener Gemeindebezirkes bestanden in diesem Bezirke sechs Wahlcommissionen: 1. Gütteldorf, 2. Baumgarten, 3. Breitensee, 4. Penzing, 5. Hiezing, Lainz, Speising, 6. Ober-St. Veit, Unter-St. Veit, Haching.

Das damalige Gemeinderaths-Präsidium, dem man gewiss nicht zu große Volksfreundlichkeit zum Vorwurfe machen konnte, hatte in Berücksichtigung der großen Ausdehnung des XIII. Bezirkes die Decentralisierung des Wahlvorganges vorgenommen und dadurch den wahlberechtigten Steuerträgern die Ausübung ihres Wahlrechtes wesentlich erleichtert.

Der gegenwärtige Herr Bürgermeister hält in diesem Bezirke seinen Sommeraufenthalt, muß daher naturgemäß die Entfernungsverhältnisse sowie den Zustand der Amtlocalitäten im XIII. Bezirke, namentlich jene in Hiezing, aus eigener Anschauung kennen.

Die Wähler des XIII. Bezirkes waren nun der Meinung, weil der gegenwärtige Herr Bürgermeister derselben Partei angehört, wie sein Herr Vorgänger im Amte, daß die bei der letzten Wahl bestandenen Verfügungen nicht nur allein aufrecht erhalten bleiben werden, vielmehr für die Wähler noch weitere Erleichterungen geschaffen werden dürften.

Die geehrten Herren Wähler haben sich mit ihrer Hoffnung — wie in vielen anderen Fällen, wo sie von der Thätigkeit der geehrten liberalen Partei etwas für sich erhofften — einer argen Täuschung hingegeben.

Für die nächste Tage stattfindende Wahl im dritten Wahlkörper des XIII. Bezirkes hat es dem Herrn Bürgermeister gefallen, nur eine einzige Wahlcommission einzusetzen und diese in Hiezing tagen zu lassen.

Der Bezirk hat aber über zweitausend Wähler in diesem Wahlkörper und viele der Wähler wohnen bis anderthalb Stunden vom Wahlorte entfernt. Es erfordert daher der Gang zum und vom Wahllocale drei Stunden, rechnet man hierzu die weiteren zwei Stunden, bis es dem Wähler gelingen wird, seine Stimme abzugeben, so ist für den Wähler mehr als ein halber Arbeitstag verloren.

Man wird mir einwenden, es sei eine arge Übertreibung, bei der Stimmenabgabe von einer Wartezeit von zwei Stunden zu sprechen, die Abgabe dauert eine Viertel- und, wenn es recht dicht zugeht, eine halbe Stunde. Gewiss ist dies richtig bei einer Wahlcommission, zu der jeder Wähler leicht seinen Zutritt findet, aber nicht unter Verhältnissen, wie solche beim Wahllocale in Hiezing bestehen, wo unter nicht unmöglichen Umständen ein Wähler gar nicht zur Wahlurne gelangen kann.

Die als Wahllocale bestimmten Räumlichkeiten sollen — es ist dies für den gewöhnlichen Menschenverstand schier unglaublich — im zweiten Stockwerke gelegen sein, und man gelangt zu denselben über eine schmale Stiege, die bei gewöhnlichem Parteienverkehre schon nicht entspricht, geschweige denn bei einer Wahl. Und wenn es sich um einen Verkehr handelt, wie ihn ein Wahlkörper mit über zweitausend Wahlberechtigten mit sich bringt, so kann beim Verkehre über diese Stiege unter ganz normalen Verhältnissen bei der geringsten Störung (Schmachtsfall etc.) eine Panik entstehen und eine Katastrophe mit entsetzlichen Folgen eintreten.

Ich setze dies voraus, unter normalen Verhältnissen. Was aber dann, wenn solche Ereignisse absichtlich hervorgerufen werden, oder durch Ansammlung von Personen auf der Stiege den Wählern der Zutritt zum Wahllocale unmöglich gemacht wird?

Von Seite der antisemitischen Partei wurde stets das Gesetz geachtet und nie eine solche Wahlbehinderung verübt. Alle von der Judenpresse in dieser Richtung erfundenen Berichte reducieren sich darauf, daß sie und da ein von einem jüdischen Wahlagitator zur Wahl geschleppter Gewerbetreibender ausgelacht wird.

Anderes verhält es sich bei den Judenliberalen. Es ist im XIII. Bezirke allgemein bekannt, daß bei der letzten von liberalen Gemeinderäthen einberufenen Wählerversammlung in Breitensee die Judenliberalen eine Anzahl mit Schenjiernern ausgerüsteter, sogenannter „Rühtreiberbuben“ aufgenommen und per Kopf (richtiger per Schenjierner) mit 3 fl. entloht hatten, deren Aufgabe es war, jene, welche Äußerungen der Herren Gemeinderäthe nicht als Orakel anerkennen wollten, dies an der Hand der Schenjierner zu lehren.

Nach aus dem XIII. Bezirke erhaltenen verlässlichen Nachrichten planen dieselben jüdenliberalen Parteigänger auch bei der Wahl das ehrenwerte Schenjierner-Corps der „Rühtreiberbuben“ zu mobilisieren und damit Gänge, Stiegen und Wahllocale zu besetzen, um es den antisemitischen Wählern unmöglich zu machen, zur Wahlurne zu gelangen, und die jüdenliberalen Wahlagitatoren dort ihr Geschäft ungestört betreiben können.

Dem Herrn Bürgermeister, der die solche Antriebe begünstigende Localverhältnisse kennen muß, dem in nächster Nähe sich befindliche praktische Räume zur Verfügung standen und sich dennoch für diese Wahllocalitäten bestimmen ließ, muß daher alle Verantwortung für ein aus was immer für einem Grunde eventuell eintretendes Unglück für jede Wahlbehinderung zugewiesen werden, und ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen:

1. Warum wurden bei der diesmaligen Wahl in den dritten Wahlkörper nicht wieder die bereits bewährten sechs Localwahlcommissionen eingesetzt?

2. Wie kann der Bürgermeister sein diesbezügliches Vorgehen gegenüber der steuerzahlenden Wählererschaft rechtfertigen?

3. Warum wurde das Gemeindehaus in Penzing, welches allen Anforderungen, die man an ein Wahllocale stellen kann, entspricht, nicht als Wahlort gewählt oder bestimmt?

Bürgermeister: Zunächst muß ich einige der in dieser Interpellation gebrauchten Ausdrücke rügen; ich bin der Ansicht, daß es nicht nothwendig ist, in einer Interpellation verlegende Ausdrücke zu gebrauchen. Was den Sachverhalt selbst betrifft, habe ich folgendes anzuführen:

Es ist richtig, daß bei der Wahl vor vier Jahren im XIII. Bezirke sechs Wahlcommissionen bestimmt waren. Es ist dies über Vorschlag des betreffenden Bezirkes geschehen. Auch heuer ist der Bezirk gefragt worden, wie das jedesmal geschehen ist, und es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß eine Wahlcommission constituirt werde. Ich habe keine Veranlassung gehabt, über den Wunsch des Bezirkes hinauszugehen. Was die Behauptung betrifft, daß im dritten Wahlkörper über 2000 Wähler sind, so ist das nicht richtig. (Ruf links: 2000!) Das ist eben nicht richtig. (Gem.-Rath Gregorig: Ist mir mitgetheilt worden. Gezählt hab' ich sie nicht!) Auf Grund der Wählerliste hat der dritte Wahlkörper des XIII. Bezirkes 1381 Wähler. Nachdem man nun annimmt, daß nicht sämtliche Wähler sich theilnehmen, sondern durchschnittlich höchstens 80 Percent, so war man der Meinung, daß eine Wahlcommission genügen werde, zumal ein weitergehender Anspruch nicht ausgesprochen worden ist. Durch das Reclamationsverfahren hat allerdings der dritte Wahlkörper eine Vermehrung erfahren, und zwar sind jetzt etwas über 1600 Wähler. (Rufe links: Na, also!) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Nachdem mir das bekannt geworden war und heute vormittags der Wunsch ausgesprochen worden ist, mit Rücksicht auf diese in den letzten Tagen erhöhte Anzahl der Wähler eine zweite Wahlcommission zu bestimmen, habe ich diesem Wunsche sofort Rechnung getragen und den Auftrag erteilt, daß eine zweite Wahlcommission im XIII. Bezirke für den dritten Wahlkörper errichtet werde. Das ist der Sachverhalt. (Beifall rechts. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Hätten Sie das gleich gesagt!) Ich habe das lediglich mit Rücksicht auf die Interpellation, die gestellt worden ist, erklärt; das früher mitzutheilen, hatte ich keine Veranlassung.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

8. Anfrage des Gem.-Rathes Gregorig:

Zu einer zweiten Anfrage habe ich die Beschwerde geschildert, welche ein Wähler des XIII. Bezirkes zu bestehen hat, um zur Wahlurne zu gelangen. Gelingt es nach Beseitigung aller dieser Hindernisse einem Wähler, sagen wir einem antisemitischen Wähler, endlich doch bei der Wahlcommission anzukommen, so harret seiner dort erst recht eine unangenehme Überraschung. Er wird dort eine Wahlcommission finden, in welcher die antisemitische Partei — obwohl dieselbe nach Ausspruch des liberalen Abgeordneten Dr. Josef Kopp die größte Partei in Wien und im ganzen Lande Niederösterreich ist — gar nicht vertreten, welche aus lauter liberalen Parteigängern zusammengesetzt ist.

Der Zweck der Wahlcommission ist die Controle des Wahlganges. Der Wähler wird dem Gebaren dieser Commission umso größeres Vertrauen entgegenbringen, wenn er auch Vertreter seiner Partei in derselben findet.

Von der machthabenden Partei aber sollte man voraussetzen, daß sie mit allen möglichen Mitteln ihre correcte Gebahrung zu beweisen streben soll, und sie documentirt dieses Bestreben am deutlichsten durch Beziehung der Gegner zur Controle.

Leider hat diese Erkenntnis bei der liberalen Partei sich noch nicht Bahn gebrochen.

Weil es aber im Staate nicht Wähler erster, zweiter oder dritter Güte gibt, wenigstens dormalen nach den bestehenden Gesetzen, so verlangen wir Antisemiten auch die gleichen Rechte wie die Liberalen und bestehen darauf, als Steuerzahler und österreichische Staatsbürger auch Angehörige der großen antisemitischen Partei in die Wahlcommission berufen zu sehen.

In dieser Erwägung stelle ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, in die Wahlcommission auch Angehörige der antisemitischen Partei zu berufen?

Bürgermeister: Es ist schwer, dem Herrn Interpellanten auf seinen Wegen zu folgen. Der Bürgermeister hat die Aufgabe, die Wahlcommission zusammenzusetzen. Ich thue das über Vorschlag der betreffenden Bezirke. In anderer Weise kann ich nicht vorgehen, da ich nicht die Persönlichkeiten aus allen Bezirken kennen kann. Es wird also von Seite der betreffenden Bezirksvertretung ein Vorschlag wegen Zusammensetzung der Commission gemacht. Es wird niemals beigelegt, welcher politischen Richtung der einzelne Vorgeschlagene angehört, und mir ist es auch absolut

unmöglich, das zu wissen und diesfalls weitere Erhebungen zu pflegen. Wichtig ist, daß nahezu in allen Bezirken aus verschiedenen Parteien Vertrauensmänner gewählt worden sind, so daß bis jetzt eine Klage nicht vorgekommen ist. Ich habe bereits mitgetheilt, daß im XIII. Bezirke eine zweite Commission constituirt werden wird, und ich werde bei dieser Gelegenheit Sorge tragen, daß in diesem Bezirke derselbe Vorgang beobachtet wird, wie in allen anderen Bezirken. (Gem.-Rath Gregorig: Mehr wollen wir nicht!)

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

9. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Geymann und Genossen:

In einer an mehrere Tagesblätter gerichteten Zuschrift gesteht Herr Gem.-Rath Rosenstingl mit Bezug auf die in der letzten Gemeinderaths-Sitzung bezüglich der von ihm versuchten Wahlbeeinflussung städtischer Beamten an den Herrn Bürgermeister gerichteten Anfrage ausdrücklich zu, daß er an städtische Beamte solche Schreiben wegen Erforschung der politischen Gesinnung und Beeinflussung subordinierter Beamten gerichtet hat. Dem Gefertigten ist inzwischen auch der Wortlaut solcher Briefe bekannt geworden. (Rufe links: Hört! Hört!), welcher aufs deutlichste darthut, daß wirklich das amtliche Verhältnis zu einer ganz ungehörigen Wahlbeeinflussung untergeordneter Beamten durch Amtsvorstände mißbraucht werden sollte. (Rufe links: Pfui!) Es stellen daher die Gefertigten den dringlichen Antrag, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

1. Es ist dem Herrn Gem.-Rathe Rosenstingl für diesen Versuch einer mit der Stellung eines Gemeinderathes absolut unvereinbaren Wahlbeeinflussung städtischer Beamten die Entrüstung des Gemeinderathes auszusprechen.

2. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, mit aller Entschiedenheit jede Einflussnahme auf die Stimmenabgabe städtischer Beamten im Wege der Herren Amtsvorstände hintanzuhalten, so daß dieselben von ihrem Wahlrechte uneingeschränkten Gebrauch zu machen in der Lage sind.

(Gelächter rechts, lebhafter Widerspruch links. — Gem.-Rath Gregorig: Das Sachverhalt ist entschieden nicht anständig! — Bürgermeister: Ich bitte, Sie haben nicht das Wort! — Gem.-Rath Gregorig: Wenn man unrecht thut, soll man nicht lachen, sondern sich schämen!)

Bürgermeister: Ich bin nicht in der Lage, darauf Einfluss zu nehmen, ob ein Gemeinderath einem Gemeindebeamten schreiben will oder nicht; ich bin absolut außerstande, das zu verhindern oder zu verbieten. Aber zurückweisen muß ich die Ausdrücke: „subordinierter Beamter“, „untergeordneter“. Ich habe schon bei Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geymann erklärt, daß ein Gemeindebeamter einem einzelnen Gemeinderathe weder subordiniert noch untergeordnet ist. (Gem.-Rath Dr. Geymann: Aber dem Amtsvorstande!) Ein Gemeinderath ist nicht in der Lage, einem Amtsvorstande Weisungen zu geben; das ist absolut ausgeschlossen, und ich kann mir einen Amtsvorstand nicht vorstellen, der einer solchen Weisung Folge leistet. Die Gemeindebeamten wissen überdies genau, wem sie untergeordnet und wem sie zu Gehorjam verpflichtet sind. Das habe ich schon das letztmal entschieden und ausdrücklich erklärt. Ich habe weiter bemerkt, daß ich bereit bin, jeder Wahlbeeinflussung entgegenzutreten. (Gem.-Rath Dr. Geymann: Um das bitten wir!) Nun stellt Herr Gem.-Rath Dr. Geymann den Antrag, es sei dem Herrn Gem.-Rathe Rosenstingl die Entrüstung des Gemeinderathes auszusprechen. Diesfalls ist der Antrag an den Stadtrath zu leiten.

Ich ersuche die Herren, die mit der Zuweisung des Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschleicht.) Ich bitte zu zählen. (Geschleicht.) 19 dafür. Ich bitte

um die Gegenprobe. Es ist entschieden die Minorität; der Antrag ist abgelehnt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Herr Bürgermeister, Sie haben sich jetzt in diesem Momente einer eclatanten Verletzung des Gesetzes schuldig gemacht, und ich constatire das Ihnen gegenüber. Es gibt keine Verathung eines hier gestellten Antrages, ohne daß derselbe der Vorberathung durch den Stadtrath unterzogen worden wäre. Es gibt daher durchaus keine Ablehnung eines Antrages, und ist daher nicht möglich, daß über die Zuweisung an den Stadtrath abgestimmt werde. Das haben Sie, Herr Bürgermeister, nach dem Gesetze zu veranlassen. Eine Abstimmung hierüber gibt es nicht. Ich weise Ihnen das vor mit dem Bemerken, daß, wenn Sie das Gesetz nicht hochhalten, Sie auch von anderen nicht die Hochhaltung des Gesetzes verlangen können. Ich bedauere sehr, daß in dieser Weise hier in diesem Saale vorgegangen wird. (Rufe links: Pfui! — Scandal!) Wenn der Bürgermeister der Stadt Wien das Gesetz verletzt, wie will er von den Gemeinderäthen verlangen, daß sie das Gesetz hochhalten. Sie verlangen, daß wir uns nach dem Statute . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Aber, ich bitte . . .

Gem.-Rath Dr. Lueger: Nein! Jetzt muß ich es Ihnen einmal ordentlich sagen! Denn, Herr Bürgermeister, das geht nicht, daß Sie in solcher Weise das Gesetz mit Füßen treten. Schämen Sie sich! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen und Pfui-Rufe links. — Stürmischer Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich rufe den Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger wegen dieser Äußerung zur Ordnung. (Gem.-Rath Strobach: Rufen Sie sich selbst zur Ordnung!) Herr Gem.-Rath Strobach, ich warne Sie! Ich bedauere, daß solche Ausdrücke und auch solche Ausführungen hier gebraucht werden.

Ich habe von Anfang an sowohl als Vice-Bürgermeister wie als Bürgermeister an der Auffassung festgehalten, daß über die Frage, ob ein Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen sei, der Gemeinderath zu befragen ist. Wenn ich mich in dieser Auslegung irre, so steht dem Herrn Gemeinderathe das Recht zu, sich über diese Auslegung zu beschweren. Das weiß auch er sehr gut.

Es wird durch diese, nehmen wir an, irrige Auslegung des Gesetzes niemandem ein Nachtheil zugefügt. Sollte sich herausstellen, daß diese Auslegung unrichtig ist, so wird eben meine Entscheidung behoben werden. Es geht aber nicht an, in dieser Weise gegen das Präsidium vorzugehen.

Ich bin genau nach dem Gesetze vorgegangen. Nach meiner Ansicht ist der Gemeinderath in der Lage, über jeden Antrag zu entscheiden, ob er vorberathen werden soll oder nicht, und ich bin sehr begierig, welche Bestimmung im Statute enthalten sein sollte, die besagt, daß jeder Antrag ohne Ausnahme, eventuell auch gegen den Willen der Versammlung dem Stadtrathe zugewiesen werden muß. Das ist eine unrichtige Auslegung.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte nochmals zur Geschäftsordnung um das Wort.

Gem.-Rath Silberer: Ohne im geringsten die Form zu billigen, welche vom Herrn Führer der Opposition in diesem Falle gewählt wurde, um seiner Meinung Ausdruck zu geben, kann ich nicht umhin, meines theils zu sagen, daß ich dies für einen

Vorgang halte, der mindestens mit dem stets gepflogenen Uus gar nicht übereinstimmt. Es ist niemals vorgekommen, daß ein Antrag, der vom Schriftführer verlesen wurde, nicht direct dem Stadtrathe zugewiesen wurde, sondern daß erst eine Frage gestellt werden mußte. Es handelt sich ja hier um eine principielle Sache. Bei jenen Anträgen, die im Laufe einer Debatte gestellt werden, ist dies der Fall. Bei solchen Anträgen wird gefragt, ob sie zugewiesen werden sollen oder nicht. Bei Anträgen aber, welche schriftlich eingebracht wurden, die vom Schriftführer verlesen werden und bei Beginn der Sitzung verlesen werden, heißt es immer, ohne daß die Versammlung gefragt wird: „geht an den Stadtrath“, und ich constatire, daß sich darunter dutzende und hunderte von Anträgen im Laufe der Jahre gefunden haben, wo außer den paar Herren, die unterschrieben waren, niemand dafür gestimmt hätte, daß sie überhaupt an den Stadtrath gewiesen werden, und ich muß daher meiner Meinung Ausdruck geben, daß solche Anträge unbedingt an den Stadtrath zu gehen haben.

Bürgermeister: Der Herr Vorredner weist auf eine bestimmte Praxis hin. Diese Praxis stelle ich gar nicht im entferntesten in Abrede; es ist aber ebenso auch vorgekommen, daß abgestimmt worden ist. Nun ist zwischen den Anträgen, welche zu Beginn der Sitzung eingebracht werden und den Anträgen, welche im Laufe einer Debatte gestellt werden, gar kein Unterschied, nicht im geringsten. (Widerspruch links.) Ich bitte, mir jene gesetzliche Bestimmung zu zeigen; wenn Sie mir eine solche zeigen, werde ich eines besseren belehrt sein. Ich weise aber nochmals darauf hin, daß gar kein Anlaß zu einer Erregung ist. Wenn ich das Gesetz falsch auslege, wird meine Entscheidung aufgehoben werden. Die Praxis, meine Herren, entscheidet nicht, sondern das Gesetz, und ich erkläre Ihnen nochmals, ich bin nach voller Überzeugung vorgegangen. Wenn es mir nothwendig erscheint, leite ich die Abstimmung ein, und wenn es mir nicht nothwendig scheint, leite ich sie nicht ein. Das ist ein Vorgang, der dem Gesetze entspricht, ich gebe aber dadurch dem Gemeinderathe Gelegenheit, über derlei Anträge eine weitere Verhandlung zu ersparen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, wenn der Herr Bürgermeister nicht weiß, ob eine Gesetzesstelle existiert oder nicht, so bin ich gezwungen, diese Gesetzesstelle vorzulesen.

Ich bitte mich zu controlieren, die betreffende Gesetzesstelle ist § 70, betitelt: „Vorberathung“.

„Der Stadtrath hat bei allen der Entscheidung des Gemeinderathes vorbehaltenen Gegenständen die Vorberathung zu pflegen und die geeigneten Anträge im Gemeinderathe zu stellen.“

Und, meine Herren, wissen Sie, wie der Paragraph entstanden ist? Das muß ich auch dem Herrn Bürgermeister in Erinnerung rufen. Dieser Paragraph ist zu dem Zwecke entstanden, die früher üblichen Dringlichkeits-Anträge zu beseitigen, damit überhaupt über Anträge nicht sofort im Gemeinderathe meritorisch verhandelt und abgestimmt werden kann. Dieser § 70 bedeutet aber, daß ein Antrag nicht sofort abgelehnt werden kann, weil überhaupt eine meritorische Verathung gar nicht zulässig ist. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, abstimmen lassen, ob ein Antrag an den Stadtrath gelangen soll, präjudicieren Sie der meritorischen Abstimmung. Über die Sache abzustimmen, dieses Recht steht Ihnen nicht zu, Herr Bürgermeister! Sie verweisen mich immer, wenn ich Ihnen eine Gesetzesübertretung nachweise, darauf, ich soll mein Recht wo

anders suchen, das heißt, ich soll zum Statthalter von Niederösterreich gehen. Abgesehen davon, daß es mir keineswegs conveniert, immer wie ein Schulfunge zu sagen: „Ich bitt' Herr Lehrer, der Bürgermeister hat das oder jenes angestellt“, so setze ich bei Ihnen, Herr Bürgermeister, voraus, daß Sie einen begangenen Fehler selbst einsehen und ihn gut machen; und wenn man da in die Hitze kommt, so dürfen Sie es einem nicht übelnehmen. Sie sind freilich eine kalte Natur, Herr Bürgermeister. Andere Leute sind etwas hitziger als Sie. Aber daß Sie hier eine eclatante Verletzung des Gesetzes begangen, daß Sie etwas begangen haben, was der Bürgermeister Dr. Prix nie zugelassen hätte, daß Sie hier den Gemeinderath auf einmal für fähig halten, eine Sache meritorisch zu entscheiden, ohne daß sie vorherberathen wurde, das werden Sie doch nicht in Abrede stellen wollen, Herr Bürgermeister! Wenn Sie es heute so gethan haben, dann werden wir in nächster Zeit ebenfalls meritorisch darüber debattieren, ob ein Antrag an den Stadtrath zu leiten sei oder nicht, und Sie werden bei jedem Antrage eine Debatte haben, und wenn Sie diese nicht zulassen, so widerspricht das Ihrer heutigen Haltung. Die Konsequenzen davon werden Sie sich selbst zuzuschreiben haben.

Bürgermeister: Ich erkläre noch einmal, daß es meine vollste Überzeugung ist, daß meine Auffassung richtig ist und daß jede andere Auffassung dem Gesetze widerspricht. Richtig ist, daß der § 70 den Zweck hat, dem Einbringen von Dringlichkeits-Anträgen vorzubeugen — das heißt vorzubeugen, daß Anträge hier meritorisch sofort ohne jede Vorberathung in Behandlung genommen werden und daß darüber entschieden wird. Dem soll der § 70 vorbeugen. Über den Antrag G e s s m a n n ist nicht meritorisch entschieden worden (Gem.-Rath Dr. Lueger: Jawohl!), sondern nur formell ist über die Frage entschieden worden, ob der Antrag meritorisch in Behandlung genommen werden soll oder nicht. Das ist die formelle Behandlung und keine meritorische. Ich hätte auch die meritorische Behandlung des Gegenstandes nicht zugelassen, weil es nach dem Gesetze nicht zulässig ist.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Es thut mir sehr leid, in dieser Sache zum zweitenmale das Wort ergreifen zu müssen. Es liegt aber hier eine in principieller Beziehung so bedeutungsvolle Sache vor, daß es nicht angeht, glattweg, schnell darüber hinwegzukommen, und ich constatiere mit großem Bedauern, daß unser im übrigen ausgezeichnete Bürgermeister, der das Bestreben hat, jene Härten hinwegzulassen, die wir unter seinem Vorgänger so oft gefühlt haben, gegenüber dem Plenum heute etwas gethan hat, wozu sich sein Vorgänger bei der größten Beschneidung der Rechte des Gemeinderathes nie verstanden hätte. Zum mindesten den Antrag eines Gemeinderathes dem Stadtrathe zuzuweisen — diese Form wenigstens, wenn er auch dann auf Nimmerwiedersehen im Papierkorbe oder im Archive verschwunden war, wurde immer gewahrt. Heute wurde in der Beschneidung unserer Rechte weiter gegangen, als jemals irgend ein Präsident hier gegangen ist, indem der Vorsitzende sich folgendes Recht vindiciert: „Wenn mir ein Antrag paßt, so sage ich: Geht an den Stadtrath. Damit ist er noch nicht angenommen. Paßt mir aber das nicht einmal, so bringe ich ihn von vornherein um, und er geht nicht an den Stadtrath.“ (Beifall links.) Wenn es hier geheißen hat, es handle sich nur um das formale der Sache, er sei im wesentlichen noch nicht abgelehnt, so frage ich, was das heißen soll. Das ist ja eine juristische oder parlamen-

tarische Spitzfindigkeit sondergleichen. Wenn wir nur den einzigen Weg haben, einen Antrag der Behandlung zuzuführen, das ist, daß er dem Stadtrathe zugewiesen wird, und wenn dieser Weg uns abgeschnitten wird, wo bleibt das wesentliche des Antrages? Ich mache aufmerksam, daß das ein Punkt von der größten Wichtigkeit ist. Wir vertheidigen, wenn wir das vertheidigen, den letzten Rest eines Rechtes, das wir einst gehabt haben (Beifall links), und es thut mir leid, daß ich wiederum auf Seite der Opposition stehen muß. Deswegen bin ich aber kein Antisemit, sondern ich wahre das Recht der Vertreter der Wählerschaft.

Bürgermeister: Meine Herren! Der Herr Vorredner befindet sich in einem kolossalen Irrthume. (Widerspruch links.) Habe denn ich über die Frage entschieden, ob der Antrag zugewiesen werden soll oder nicht? Ich habe den Gemeinderath gefragt und der Gemeinderath hat entschieden. Ich möchte wissen, ob die Entscheidung dem Gemeinderathe zu überlassen, einen Eingriff in die Rechte des Gemeinderathes bilden kann. Das ist mir geradezu unfassbar. Ich muß den Vorwurf, daß ich dem Gemeinderathe ein Recht wegnehmen will, zurückweisen. Ich habe im Gegentheile dem Gemeinderathe das Recht vindiciert, darüber zu entscheiden, ob der Antrag zugewiesen werden soll oder nicht. (Gelächter links.) Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Der Fall, der heute uns vorliegt, ist ein sehr bedauerlicher. Zuerst hat der Herr Bürgermeister den Antrag quasi als eine Interpellation behandelt und hat Ausführungen an dem Antrage gemacht, wozu er gar nicht berechtigt war. In zweiter Linie wird hier der Sinn der deutschen Sprache auf den Kopf gestellt. Ich habe schon wiederholt bemerkt, daß man im Wiener Gemeinderathe, dem Gemeinderathe der ersten deutschen Stadt Europas, nicht deutsch lesen kann. Hier steht ganz klar: „Der Stadtrath hat bei allen der Entscheidung des Gemeinderathes vorbehaltenen Gegenständen die Vorberathung zu pflegen.“ Das heißt also, daß jeder Gegenstand dem Stadtrathe vorgelegt werden muß zur Berathung. Nun denken Sie, es gefällt mir die Geschäftsgebarung des Herrn Bürgermeisters nicht und ich bringe einen diesbezüglichen Antrag ein, den Fall zu unterjuchen. Der Herr Bürgermeister hat immer eine ergebene Majorität, der Herr Bürgermeister läßt abstimmen darüber, ob mein Antrag zur geschäftsmäßigen Behandlung kommt oder nicht, seine ergebene Majorität sagt Nein und ich bin lahmgelegt. Und wenn ich ein zweitesmal komme, sagt er: Marsch hinaus, und schickt mich auf Urlaub. Das sind die Rechtszustände, die hier im Gemeinderathe herrschen! Gegen einen solchen Vorgang muß entschieden Protest eingelegt werden, das gibt's nicht, das sind haltlose Zustände! Der Herr Bürgermeister würde seiner Ehre keinen Schaden zufügen, wenn er sagen würde: Das ist Recht, mein Vorgänger hat es so gepflogen und ich habe es so gepflogen. Aber den Vorgang, wie er heute gepflogen wird, bedauere ich aufs allertiefste, namentlich in Ansehung des Gemeinderathes. Mir liegt nichts daran, ich bin in der Opposition, die Herren können entscheiden, wie sie wollen, Sie, die Majorität, die 90, die drüben sitzen, die nicht deutsch lesen können, schämen Sie sich! Sie haben immer das Wort „deutsch“ im Munde und sind keine Deutschen!

Bürgermeister: Ich habe bereits erklärt, daß der § 100 des Statutes jedem einzelnen Mitgliede die Möglichkeit gibt, die Aufhebung einer Entscheidung des Gemeinderathes zu verlangen; ich kann nur nach meiner Überzeugung, nach meiner Rechtsauf-

fassung vorgehen. Es ist ja möglich, daß ich mich dadurch in Widerspruch mit der Versammlung setze oder daß ich mich irre; aber, meine Herren, das kann jedem Menschen passieren. (Rufe: Ah!) Jawohl; ich bin aber verpflichtet, das Gesetz auszulegen nach meiner Ansicht, und die Remedur dafür ist im Gesetze gegeben.

Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, Sie haben bereits zweimal das Wort ergriffen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Zu der Geschäftsordnung kann man reden, so oft man will.

Bürgermeister: Aber es soll ein Ende haben.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Gewiß, aber jetzt wird es ein grimmiges Ende nehmen.

Ich erlaube den Herrn Bürgermeister, den § 20 der Geschäftsordnung zu lesen, er soll die Güte haben und denselben zur Hand nehmen; da wird davon gesprochen, was mit Anträgen zu geschehen hat. Und wenn er dem Statute nicht glaubt, so wird er dem § 20 der Geschäftsordnung glauben, jener Geschäftsordnung, welche Sie beschlossen haben, um uns zu knebeln. Wissen Sie, was darin steht? „Anträge sind dem Stadtrathe zuzuweisen“ — hören Sie? sind dem Stadtrathe zuzuweisen — „und nach Maßgabe des Statutes von demselben entweder im eigenen Wirkungsbereiche zu erledigen oder für die Entscheidung des Gemeinderathes vorzubereiten.“ Glauben Sie noch immer, Herr Bürgermeister, daß Sie sich im Rechte befinden, wo wortdeutlich steht, daß Sie sich im Unrechte befinden? Sie haben den Gemeinderath gar nicht zu fragen, und wenn Sie sagen, daß, was Sie jetzt gepflogen haben, ist eine Erweiterung unseres Rechtes, wissen Sie, was das ist? Es ist bereits richtig angedeutet worden: Gefällt Ihnen ein Antrag, so weisen Sie ihn ruhig dem Stadtrathe zu, gefällt er Ihnen nicht, dann lassen Sie denselben durch die ergebenen Diener, die Sie in der Majorität haben, einfach zurückweisen. (Zustimmung links.) Ich bedauere unendlich, daß in der Majorität nicht soviel Gefühl für das von Ihnen selbst geschaffene Recht ist, daß Sie dasselbe mitvertheidigen helfen. Ich erkläre Ihnen, wenn das zum Beispiel in England geschehen würde, würden Majorität und Minorität zusammenwirken zur Vertheidigung des gemeinsamen Rechtes. Sie aber geben noch Ihre Hand dazu, daß unser Recht in einer solchen Weise verletzt wird. (Bravo! links.)

Bürgermeister: Die Majorität hat bereits entschieden; überdies ist die Auffassung des Vorredners auch nicht richtig. Ich verweise Sie auf einen Fall, in welchem über einen hier eingebrachten Antrag der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung gestellt und auch angenommen worden ist. Meines Wissens hat niemand dagegen protestiert. Diese Annahme der Tagesordnung wäre ganz unmöglich gewesen, wenn der § 20 der Geschäftsordnung so aufzufassen wäre, daß jeder Antrag unbedingt dem Stadtrathe zuzuweisen und daß eine Abweisung gar nicht zulässig ist — dann wäre der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung nicht zulässig. Darüber hat eben die Versammlung zu entscheiden.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Meine Herren! Im § 70 des Statutes heißt es: „Der Stadtrath hat bei allen der Entscheidung des Gemeinderathes vorbehaltenen Gegenständen die Vorberatung zu pflegen.“ Die der Entscheidung des Gemeinderathes vorbehaltenen Gegenstände sind im 3. Abschnitte, beginnend bei § 50 des Statutes, festgesetzt, und diese Gegenstände sind: die Feststellung des Voranschlages, die Prüfung und Erledigung der Rechnungen und dann sonstiger, besonders wichtiger Verwaltungsangelegenheiten. Angelegenheiten wie die Ertheilung einer Entrüstungserklärung des

Gemeinderathes gegenüber einem Mitgliede desselben sind in dieser Aufzählung absolut nicht vorhanden. (Widerspruch.) Es bezieht sich also der Antrag auf einen Gegenstand, welcher nicht einer der der Entscheidung des Gemeinderathes vorbehaltenen Gegenstände ist, und aus diesem Grunde sind nach meiner Ansicht alle Ausführungen in dieser Beziehung vergeblich.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Herrdegen!

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren! Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen die Ausführungen des letzten Herrn Vorredners aussprechen. Das ist thatsächlich — ich möchte gerne den Ausdruck vermeiden — eine Verdrehung einer ganz klaren Bestimmung. Es herrscht unter uns überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, es ist daher der Ausfall des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger gegen die Majorität ganz ungerechtfertigt. (Zwischenruf links.) Ich bitte, wir können nicht alle zu gleicher Zeit reden. Wir sind eben parlamentarisch geschnitten, wir halten uns an die Tagesordnung, an die Art und Weise, wie das Wort ertheilt wird. Ich behaupte, daß überhaupt keine Meinungsverschiedenheit besteht, der Herr Bürgermeister hat sich einfach geirrt, ich muthe ihm keineswegs zu, daß er eine Absicht damit verfolgt hat, dazu war durchaus keine Ursache vorhanden, er hat sich einfach geirrt. Ich weiß nicht, ob er von diesem Irrthume bereits zurückgekommen ist, möchte aber einfach constatieren, daß wir uns bei der Abstimmung einfach das nicht vergegenwärtigt haben, wir nicht, die wir für die Zuweisung gestimmt haben, und die anderen Herren, die gegen die Zuweisung gestimmt haben, auch nicht. Thatsache ist, daß eine Abstimmung über einen Antrag, welcher im Gemeinderathe schriftlich eingebracht wird, nicht unmittelbar erfolgen kann, sondern daß dieser Antrag unbedingt an den Stadtrath zugewiesen werden muß. Dazu brauche ich kein Jurist zu sein, in dieser Beziehung sind wir einer Meinung, und hätte Herr Dr. Lueger in seinen ersten Ausführungen nicht einen so ganz besonders scharfen, nach meiner Meinung ganz ungerechtfertigten Ausfall gegen den Herrn Bürgermeister gemacht, so würde der Herr Bürgermeister wahrscheinlich eingesehen haben — wie er es in vielen anderen Fällen in einer sehr coulanten Form gethan hat — daß er sich einfach geirrt hat, und die Zuweisung an den Stadtrath einfach verfügt haben. Also vermeiden wir die Aufregung und bleiben wir bei unserem Rechte. Es ist auch der Ausfall gegenüber der Majorität deshalb ungerechtfertigt, weil ein Mitglied der Majorität, Herr Gem.-Rath Silberer, in ganz ähnlicher Weise denselben Standpunkt eingenommen hat. Ich constatiere dasselbe, und ich bin überzeugt, daß nicht fünf von uns einer anderen Meinung sind.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich constatiere nur ganz kurz, daß, so ehrenvoll die Ausführungen für den letzten Herrn Redner und für diejenigen sind, die seiner Meinung sind, Herr Dr. Mittler in einer ganz unglaublichen Weise — ich weiß nicht, wie ich einen parlamentarischen Ausdruck finden soll — gerade die entgegengesetzte Meinung vertreten hat (Gem.-Rath Herrdegen: Nur Herr Dr. Mittler!) und unter Berufung auf das, was allein dem Gemeinderathe vorbehalten ist, einfach alles escamotiert hatte, worüber der Gemeinderath sonst beräth. Es möge der verehrte Herr Vorredner verzeihen, es ist viel wahrscheinlicher, daß die Herren, die unter dem Commando des Herrn Dr. Mittler stehen, anderer Anschauung sind. Er ist es nicht und er braucht sich dagegen nicht zu verwahren, aber die Abstimmung hat gezeigt, daß leider genug Herren in der Majorität sind, welche die

Hand dazu bieten, die ohnehin so unerhört beschränkten Rechte des Gemeinderathes durch eine unglaublich spitzfindige Auslegung noch weiter zu beschränken. (Beifall links.) Das wollte ich constatieren. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Und wissen Sie, warum das geschieht? Weil der Rosenstingl an die Beamten schreibt und agitiert! — Lebhaftige Zustimmung links.)

Bürgermeister: Ich bitte, es ist gar kein Grund zur Aufregung. (Widerspruch links.)

Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich berichtige die Äußerung des geehrten Herrn Redners von jener (rechten) Seite, der sagt, wir haben alle dafür oder dagegen gestimmt, dahin, daß ich mich so fort bei Beginn der Abstimmung zum Worte gemeldet habe. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, ich bekomme das Wort, habe es aber nicht erhalten. Hätte mir der Herr Bürgermeister das Wort erteilt, wäre die Abstimmung gar nicht zustande gekommen. Ich habe dagegen protestieren wollen, habe aber das Wort nicht erhalten.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung!

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Der sehr geehrte Herr College Herrdeggen hat demjenigen Ausdruck gegeben, was ich fühle. Auch bin ich der Meinung, daß ein Antrag, welcher eine geschäftsmäßig vorgezeichnete Anzahl von Unterschriften besitzt — ich weiß nicht, ob der Antrag des Herrn Dr. Geßmann diese Zahl besessen hat — dem Stadtrathe zuzuweisen ist.

Ich bin nun der Meinung und beantrage dies ausdrücklich, daß der Herr Bürgermeister zur Abstimmung bringen möge, daß die frühere Abstimmung reasumiert werde, und ich stelle zweitens den Antrag, daß, nachdem die Abstimmung reasumiert ist, über den Antrag des Herrn Dr. Geßmann zur Tagesordnung übergegangen werde.

Wir sind bereits früher — Dr. Lederer war in einem derartigen Falle — in derselben Weise vorgegangen. Wir haben das Recht anerkannt, daß ein Antrag, der uns nicht conveniert hat, auch nicht dem Stadtrathe zuzuweisen sei. Wir waren damals der Ansicht, daß der Antrag zwar zu verlesen sei, und daß er zwar dem Stadtrathe vorzulegen wäre, daß aber, wenn der Übergang zur Tagesordnung beantragt wird, über denselben auch hinweggegangen werden kann. Diese Praxis haben wir geübt — Dr. Lederer ist mein Zeuge; es wurde in ähnlichen Fällen so vorgegangen.

Ich beantrage erstens die Reasumierung der Abstimmung und zweitens den Übergang zur Tagesordnung über den Antrag des Herrn Dr. Geßmann.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Rosenstingl!

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte dem ersten Theile des Antrages zustimmen... (Gem.-Rath Strobach: Sie möchten sich lieber zuerst schämen!)... mich aber gegen den zweiten Theil des Antrages aussprechen. Ich habe ein Interesse, darum zu bitten, daß der Antrag an den Stadtrath geleitet werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Schreiben Sie lieber keine Briefe! (Rufe links: Jawohl!)

Bürgermeister: Ich bitte, diese persönlichen Anwürfe doch zu unterlassen! (Gem.-Rath Gregorig: Solche Sachen darf man sich nicht zuschulden kommen lassen!)

Herr Gem.-Rath Herrdeggen!

Gem.-Rath Herrdeggen: Ich möchte an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, zur Austragung dieses Vorfalles einfach

jetzt in seinem Namen die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zu verfügen. Wenn auch diese Verfügung in einem Widerspruche steht mit der früheren Abstimmung, so wird von Seite des Gemeinderathes keine Einsprache erhoben werden, und ich glaube, damit wäre der Zwischenfall ausgetragen.

Bürgermeister: Das kann ich nicht thun, weil es meiner Überzeugung widerspricht; das habe ich bereits einmal ausgesprochen. So wenig mir an der Sache selbst liegt, so muß ich an der Überzeugung, die ich bereits ausgesprochen habe, festhalten.

Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Wir müssen über die Sache hinwegkommen, und nachdem der Herr Bürgermeister diese einfachste Form, die nach unserer unmaßgeblichen Ansicht die beste wäre, nicht acceptiert, so stelle ich einen anderen Antrag, der es ermöglicht, daß der Beschluß, den wir gefaßt haben, wieder reasumiert wird, und daß wir dann alle dafür stimmen, daß der Antrag zugewiesen werde. Es heißt hier, daß die Opposition und die Majorität fast einhellig sind für die Zuweisung aller Anträge. Es ist dann gleich constatirt, was die Versammlung will. Die Wiederaufnahme dieser Abstimmung ist eine Sache, die im Bereiche der Möglichkeit liegt, und darum bitte ich den Herrn Bürgermeister im Interesse seines Ansehens, das wir ihm jederzeit wahren wollen, und im Interesse der Rechte der Versammlung.

Bürgermeister: Es ist die Reasumierung der Abstimmung beantragt. Die Herren, welche mit der Reasumierung der Abstimmung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Majorität. Wünscht jemand das Wort? (Gem.-Rath Dr. Friedjung meldet sich zum Worte.) Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung!

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe auch einen meritorischen Antrag gestellt. Diesen meritorischen Antrag erlaube ich mir ganz kurz in der Weise zu begründen, daß die Form, in der Herr Dr. Geßmann über einen Kollegen in seinem Antrage sich ausgesprochen hat, meiner Empfindung nicht entspricht, und ich würde in einem ähnlichen Falle auch für den Übergang zur Tagesordnung stimmen, wenn es sich um einen Kollegen von der Gegenseite handelte.

Bürgermeister: Herr Dr. Friedjung beantragt Übergang zur Tagesordnung. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das geht nicht nach der Geschäftsordnung!) Über einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung ist eine Debatte nicht zulässig.

Diejenigen Herren, welche über den Antrag Dr. Geßmann zur Tagesordnung übergehen (Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!), wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt. — Herr Gem.-Rath Gregorig zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Gregorig: Es ist absolut unmöglich, über einen solchen Antrag hier abstimmen zu lassen. Ich bedauere lebhaft, daß der Herr Bürgermeister der Stadt Wien das nicht kennt. Es ist traurig, daß es soweit gekommen ist. Ein derartiger Antrag darf nicht gestellt werden, und wird er wirklich gestellt — es steht das jedem der Herren frei — so kann er nicht zur Abstimmung gebracht werden... (Bürgermeister: Warum nicht?)... weil das im Geetze nicht vorgesehen ist. Ändern Sie die Geschäftsordnung... (Bürgermeister: Das ist bereits...) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, wenn ich jetzt spreche. Das geht nicht so fort! Ich werde auch nicht unterbrechen. Die Geschäftsordnung haben sich die Herren selbst gegeben. Sie haben gefunden,

dass die Bestimmungen der Geschäftsordnung geändert werden müssen; ändern Sie sie, wenn sie Ihnen nicht passt; aber wenn Sie sich die Gesetze selber geben, müssen Sie sie auch achten. Wenn ich sie nicht achte, so könnte man sagen, die Opposition hat nicht mitgewirkt. Aber dass Sie, die Sie die Geschäftsordnung geschaffen haben, sie jetzt auf den Kopf stellen oder umstoßen wollen, das gibt es nicht, das darf absolut nicht sein! Nach der Geschäftsordnung, die Sie augenblicklich nicht umstoßen können, müssen Sie vorgehen.

Bürgermeister: Ich habe meine Ansicht bereits ausgesprochen, an der ich festhalte. Nach meiner Ansicht ist der Gemeinderath in der Lage, einen Antrag zuzuweisen oder nicht, er ist auch in der Lage, über einen Antrag, der hier eingebracht worden ist, die Tagesordnung zu beschließen oder nicht. — Die Tagesordnung ist abgelehnt. Nun ist der Antrag als wieder in Verhandlung stehend, und zwar in formeller Beziehung, anzusehen. Wünscht jemand einen Antrag zu stellen? (Gem.-Rath Dr. v. Billing meldet sich zum Worte.) Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing!

Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich glaube, es ist jetzt nur ein Antrag zu stellen ohne weitere Begründung. Ich beantrage, es sei nunmehr dieser Antrag an den Stadtrath zu weisen. (Widerspruch. — Gem.-Rath Gregorig: Das steht schon in der Geschäftsordnung! — Gem.-Rath Silberer: Geschäftsordnungsmäßig!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich stelle folgenden Antrag: „Der Wiener Gemeinderath ersucht den Herrn Bürgermeister, den Antrag in Gemäßheit des § 20 G.-D. dem Stadtrathe zuzuweisen.“ Es ist seine Sache, das zu thun, nicht unsere Sache; der Herr Bürgermeister muß zuweisen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Ich schließe mich diesem Antrage vollkommen an.

Bürgermeister: Das ist ein Antrag auf Zuweisung des Antrages an den Stadtrath. (Widerspruch links. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um Entschuldigung. . .) Aber, meine Herren, das ist ja ganz alleseins. — Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Nachdem der Herr Bürgermeister diese Fassung des Antrages, wie sie von Seite des Führers der Opposition ausgegangen ist, nicht acceptiert, erlaube ich mir, eine andere Fassung vorzuschlagen. Es wird abgestimmt, und ich stelle den Antrag: „Die sämtlichen Herren des Gemeinderathes haben dafür zu stimmen, dass der Antrag entgegen der Meinung des Herrn Bürgermeisters geschäftsmäßig an den Stadtrath gehen soll.“ (Gelächter und Widerspruch.)

Bürgermeister: Die Herren, welche damit einverstanden sind, dass der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird, wollen die Hand erheben. (Geschlacht.) Majorität; angenommen. (Gem.-Rath Gregorig: Es gibt keine Abstimmung darüber! — Unruhe.) Wenn meine Auffassung des Gesetzes nicht als die richtige erscheint, so steht Ihnen nach § 100 des Statutes das Recht zu, sich darüber zu beschweren. (Gem.-Rath Gregorig: Hier gibt es keine Paschawirtschaft! — Gem.-Rath Weitmann: Man darf nicht das Gesetz verlegen!) Herr Gem.-Rath Silberer!

Gem.-Rath Silberer: Unter diesen Umständen melde ich mit einer Anzahl Collegen den Protest bei der Statthalterei an.

Gem.-Rath Gregorig: Das ist nicht nothwendig, hier soll Recht sein, keine Paschawirtschaft! Das gibt's im Gemeinderathe nicht.

Bürgermeister: Das ist gar keine Paschawirtschaft. (Gem.-Rath Gregorig: Gewiss! § 20!) Gegen diese Auffassung ist lediglich eine Beschwerde an die Statthalterei zulässig.

Wir kommen zur Tagesordnung.

Herr Gem.-Rath Wurm zum Referate.

10. (1314.) Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 1314, Beilage 49. Es handelt sich hier um die Baulinienbestimmung für die Realität I., Herrengasse 12, Strauchgasse 5 und Regierungsgasse 6 und 4. Das Bauamt hat ursprünglich den Antrag gestellt, es wäre die Baulinie derart zu bestimmen, dass für die Herrengasse eine Breite von 15 m, für die Strauchgasse eine solche von 8 m zu bestimmen sei. Der Gesuchsteller, welcher um Baulinienbestimmung ansuchte, erklärte sich hiemit nicht einverstanden, weil er unter diesen Verhältnissen nicht bauen könne. Es müsse die Linie so abgeschwenkt werden, dass die Baulinie des Bank- und Börsegebäudes eingehalten werde. (Andauernde Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe, so kann man nicht verhandeln.

Referent (fortfahrend): Dies kann jedoch darum nicht geschehen, weil gegenüber Häuser sind, welche in absehbarer Zeit nicht umgebaut werden, wie das Statthaltereigebäude, das Landhaus und das alte Bankgebäude, während gegenüber der Statthalterei Häuser sind, deren Umbau, wenn auch nicht in nächster Zeit, so doch wahrscheinlich früher vorgenommen werden könnte. Auch ist die Einfahrt von der Regierungsgasse gegen die Strauchgasse derart, dass es wünschenswert ist, sofort die Baulinie auf Seite der geraden Nummern zurückzurücken.

Das Baulinienbureau hält die ursprünglichen Anträge des Bauamtes aufrecht, nur bestimmt es für die Strauchgasse eine Breite von 12 m statt 8 m. Ursprünglich hat nämlich das Bauamt beantragt, es möge die Baulinie in der Flucht des Montenuovo-Gebäudes sein. Allerdings ist dasselbe in nächster Zeit nicht zum Umbau bestimmt, allein die Einfahrt von der Herrengasse gegen die Strauchgasse verlangt an der Ecke wenigstens eine Zurückrückung, so dass man leichter aus der Herrengasse in die Strauchgasse einfährt.

Aus diesem Grunde stellt der Stadtrath übereinstimmend mit dem General-Regulierungsbureau den Antrag (liest):

„Es seien die Linien B' C', C' D und D E bei einer Straßenbreite von 15 m für die Herrengasse und mit 12 m Straßenbreite für die Strauchgasse als Baulinien zu bestimmen.“

Die Bestimmung der Breite für die Regierungsgasse sei einstweilen in suspenso zu belassen.“

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Der Antrag ist angenommen. (Fortwährende Unruhe.) Meine Herren, ich bitte um Ruhe, die Discussion über den vorigen Gegenstand ist jetzt abgeschlossen.

Beschluss: Die Linien B' C', C' D und D E werden bei einer Straßenbreite von 15 m für die Herrengasse und mit 12 m Straßenbreite für die Strauchgasse als Baulinie bestimmt.

Die Bestimmung der Breite für die Regierungsgasse wird einstweilen in suspenso belassen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Müller!

11. (1769.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren ad Nr. 53 über das Project für die Wasserversorgung des XI. Bezirkes. Es soll nun auch der XI. Bezirk mit Hochquellenwasser versorgt werden, und zwar soll dies geschehen mittels natürlichen Druckes von dem Reservoir auf dem Laaberberge. Ein Strang besteht bereits heute; derselbe versorgt den Central-Friedhof. Außerdem soll nun an der linken Seite ein paralleler Strang gelegt werden, welcher insbesondere die linke Seite zu versorgen hat. Es wird daselbst ein doppelter Strang auch aus der Rücksicht zu legen sein, damit Verkehrsstörungen bei Anbohrungen hintangehalten werden, nachdem diese Straße einen bedeutenden Verkehr aufweist. Außerdem wird ein Strang durch die sogenannte Geißelbergstraße geführt, ebenfalls vom Reservoir herab, um den neuzölligen Strang in der Hauptstraße zu verstärken. Ein weiterer Strang wird gelegt, der bis an die Grenze des Gemeindegebietes von Wien führt, bis an die Grenze von Schwechat; ein weiterer bis Kaiser-Ebersdorf, wo die Bewohner dieses Theiles vollständig mit Hochquellenwasser versehen werden. Eine Abzweigung von der Hauptstraße soll durch die Kopalgasse geschehen, und zwar auf die sogenannte Simmeringer Heide; es sollen auch die Gärtner versorgt werden. Dies ist umso mehr geboten, als sich dort heute Inundationswasser befindet, welches zum Genuße sehr schädlich ist. Dem soll abgeholfen werden; auch soll das Hochquellenwasser im Nothfalle zum Begießen der Blumen dienen. Die Ausführung dieser Wasserleitung geschieht vollkommen in dem Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 29. Juli 1892, und zwar sind die Hauptprincipien, die hier bereits wiederholt mitgetheilt worden sind, die, daß nicht die derzeitige Bevölkerungsziffer für die Versorgung zugrunde zu legen ist, sondern mit dem Zuwachs bis zum Jahre 1920 gerechnet wird. Es soll per Kopf und Tag ein Quantum von 80 l zugeführt werden und die Verzweigung derart geschehen, daß auf eine entsprechende Circulation in den einzelnen Rohren Rücksicht genommen wird. Die Gesamtlänge der Rohre, welche im XI. Bezirke gelegt werden sollen, beträgt 24.250 m, wovon ein Theil bereits ausgeführt ist.

Ein Theil, insbesondere in denjenigen Theilen, welche verbaut sind, wird sofort zur Durchführung kommen. Derjenige Theil, welcher heute noch nicht verbaut oder parcelliert ist, wird in der Zukunft ausgeführt werden. Die Kosten hiefür sind folgende: für die Baumeisterarbeiten 50.000 fl., für Maschinenarbeiten 20.000 fl., in Summa 70.000 fl. Der ausgewiesene Wert der Rohre, die in den Depotplätzen der Stadt Wien liegen, beträgt 90.000 fl., in Summa 160.000 fl. für die ganze Wasserleitung. Nachdem im Budget nur 30.000 fl. bedeckt sind, so soll der Rest mit 130.000 fl. aus dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen gedeckt werden. Ich ersuche die Herren um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Bärtil!

Gem.-Rath Bärtil: Ich wünsche, daß der XI. Bezirk auch mit Hochquellenwasser versehen wird; ich bin nicht dagegen. Aber etwas ganz neues ist es, daß man in einer Gasse oder Straße zweierlei Rohre legt. Da erinnere ich mich an eine Rede des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter in der Inneren Stadt. Er sagte, es sei dringend nothwendig, daß in der Gemeinde gespart werden soll, und hier ist eine Auslage von 160.000 fl.; zum mindesten könnte hier, wenn Vorsicht angewendet wird und ein Vorgang

stattfindet, wie er bis jetzt beobachtet wurde, etwas erspart werden. Warum? Ich weiß nicht, welche Dimension diese Rohrstränge haben. Es ist vielleicht der jetzige Rohrstang genügend und umso mehr kann ich mich den Ausführungen nicht ganz anschließen und mitstimmen. Der Herr Referent sagt, es sei schon deswegen gut, damit keine Störungen eintreten. Die Störung tritt aber ein. Auf der einen Seite ist das eine Rohr, auf der anderen das zweite. Nun geschieht es einmal, daß das Rohr auf der rechten Seite springt, so haben jetzt diese Häuser kein Wasser für einige Stunden oder auch für Tage. Geschieht das Malheur auf der anderen Seite, so haben die Häuser dort wieder kein Wasser. Warum da zwei Leitungen gelegt werden, weiß ich nicht. Ich bin kein Techniker, aber ich weise nur darauf hin, ob da nicht wirklich 100.000 fl. erspart werden könnten, wenn dieses Rohrnetz, welches jetzt schon liegt, für Simmering verwendet würde. Die Ausläufe in den Gassen sind jetzt noch nicht so zahlreich, und wenn es vielleicht nach einer Reihe von Jahren erforderlich würde, könnten die Rohre wieder verstärkt, vergrößert werden. Aber zwei Rohre in den Straßen, das haben wir bis jetzt noch nicht gehabt und der Störung weichen Sie nicht aus.

Ich kann daher, wenn ich nicht bessere Aufklärung bekomme, nicht für dieses Project stimmen, weil dies als eine Auslage erscheint, bei der erspart und viel erspart werden könnte.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Koch!

Gem.-Rath Koch: Ich möchte den Herrn Collegen auf folgendes aufmerksam machen. Es besteht zwar ein Rohr bis zum Central-Friedhofe, das ist aber ganz auf der rechten Seite, beim rechten Trottoir gelegt. Wenn wir nun auf der linken Seite, wo über 150 Häuser sind, einmünden wollen, so muß jedesmal die ganze Straße durchbrochen werden. Nun möchte ich noch bitten: Das Rohr ist seinerzeit gelegt worden ohne Rücksicht darauf, daß die Gemeinde Simmering einmal Wasser bekommen würde, es dürfte daher für den Bedarf viel zu schwach sein, und es wäre auch viel angenehmer, wenn es so wäre, wie es der Herr College wünscht; da könnten wir das Wasser jetzt auch auf der linken Seite haben. Nun sehen Sie, daß die Häuser auf der rechten Seite bereits Hochquellenwasser haben und die auf der linken Seite nicht. Es wäre also in unserem eigenen Interesse, ich muß aber zugestehen, daß ich den Antrag des Referenten viel praktischer finde, weil das Rohr rechts herüber zu schwach ist und auch ausgewechselt werden müßte. Es ist also viel besser für uns, wo vielleicht 120 Häuser links einmünden. Wie Sie aber da den Verkehr nach dem Central-Friedhofe, der so riesig ist, aufrecht erhalten werden, weiß ich nicht. Ich würde also bitten, den Referenten-Antrag anzunehmen.

Nur hätte ich die eine Bitte, nämlich daß die Sache etwas beschleunigt würde; das wäre nicht bloß im Interesse der Hausbesitzer, sondern auch in dem der Commune. Es wird jetzt das Trinkwasser bis Kaiser-Ebersdorf geführt; das kostet ein Riesengeld. Denken Sie sich nur, in welchem Kältegrade das Wasser von Simmering nach Kaiser-Ebersdorf hinunterkommt, aber die Leute sind trotzdem recht dankbar und froh, daß sie wenn auch warmes Wasser bekommen, denn sie haben wenigstens reines Wasser, während sie unten lauter Inundationswasser bekommen, und jetzt, wenn die Donau groß ist und wenn das Wasser in den Brunnen um einen Meter steigt, haben sie nichts als Sickerwasser von der Donau.

Ich bitte also, dem Referenten-Antrage zuzustimmen, es wird ja ohnedies niemand dagegen sein. Ich will nur die Bitte stellen, daß das möglichst rasch geschehe, damit wir auch das Hochquellenwasser bekommen. Es liegt dies auch im Interesse der Commune, welche 1000 fl. bis 2000 fl. für die Wasserzufuhr bezahlt.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Herr Referent zum Schlussworte!

Referent: Ich möchte mir erlauben, zu bemerken, daß vielleicht der Irrthum in der Auffassung von Seite des Herrn Voredners dadurch entstanden ist, weil ich vielleicht den Strang, der mit dem großen Strange parallel laufen wird, als Hauptstrang bezeichnet habe. Dem ist nicht so. Von der Marzerlinie geht ein Strang mit 33"; von diesem 33zölligen Rohre geht ein 14zölliges Rohr zum Friedhofe. Das Parallelrohr soll nur ein kleines Rohr mit einer Dimension von 4" sein. Vielleicht stammt der Irrthum daher, daß ich die Dimension nicht angegeben habe. Es würde, wenn der Parallelstrang nicht in dieser Entfernung eingelegt werden würde, das zu großen Calamitäten Veranlassung geben. Es müßte in jedes Haus, nachdem der Strang auf der rechten Seite liegt, über die ganze Straße hinüber die Einleitung durchgeführt werden, was den Hauseigenthümern eine ganz kolossale Auslage verursachen würde. Es ist vielleicht ein Versehen von mir, daß ich diesen Strang als Hauptstrang bezeichnet habe; er soll nur 4" messen.

Die Anschauung, daß, wenn eventuell der eine Strang ausläßt, der andere Strang auf der rechten Seite nicht versorgt werden könnte, ist nicht richtig. Ich habe mir erlaubt, zu bemerken, daß ein Strang von der Geißelbergstraße zur Unterstufung zur Simmeringerstraße hingeführt wird. Sollte der eine Strang in der Hauptstraße auslassen, so würde sofort, nachdem die Schieber derart gerichtet sind, daß sie sofort eine Abänderung der Circulation ermöglichen, vom Strange des Geißelberges die Versorgung mit Wasser bis zur Simmeringer Hauptstraße geschehen. Es ist also für die Circulation und für die Unterstufung des einen Rohrstranges durch den anderen vollkommen gesorgt, im Falle ein Unglück geschehen sollte.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Bärth!

Gem.-Rath Bärth: Ich berichtige, wie es thatsächlich der Fall ist, daß in ganz Wien in keiner Straße zwei Wasserleitungsrohre liegen; die Abzweigung geschieht von rechts oder links. In jeder Hauptstraße mit ihren Gassen muß das so sein.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Das vorgelegte Project wird mit einem in der Rubrik XXVI 6 d mit dem Theilbetrage von 30.000 fl. bedeckt, mit dem weiteren Betrage von 130.000 fl. auf das 35-Millionen-Kronen-Anlehen zu verweisenden Kostenbetrage von zusammen 160.000 fl. genehmigt. Die Vergebung der Baumeister- und Rohrlegearbeiten im Gesamtbetrage von 70.000 fl. hat im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung an einen Generalunternehmer zu erfolgen.

12. (9621 ex 1894.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters zur Zahl 56 Bericht zu erstatten. Es betrifft derselbe die Baulinienbestimmung für die Ullmannstraße und Gemeindegasse im XIV. Bezirke. Sowohl für die Ullmannstraße als für die Gemeindegasse sind seinerzeit, die Baulinien ministeriell

bestimmt worden. Nachdem es nothwendig war, zufolge Einschreitens des Eigenthümers des Hauses Nr. 2 in der Gemeindegasse diese Baulinie zu prüfen, ob dieselbe in verkehrstechnischer Richtung sich als praktisch erweist, ist eine Commission angeordnet worden, und es hat sich herausgestellt, daß sowohl für die Ullmannstraße als für die Gemeindegasse geboten ist, eine wesentliche Abänderung plangreifen zu lassen. Die auf dem Plane stark ausgehobenen Linien sind diejenigen, welche ministeriell bestimmt sind.

Die Herren sehen, daß in der Ullmannstraße zwischen den Nummern 47 und 45 ein Knie projectiert ist, welches gar nicht nothwendig ist, weil die Realitäten Nr. 47 und 45 sehr tief sind. Es empfiehlt sich daher aus verkehrstechnischen Rücksichten und auch deshalb, weil die übrigbleibende Parcellle 2 für eine Verbauung zu gering wäre, daß man dieses Knie eliminiert und die Linie c d einerseits und a b andererseits in der Ullmannstraße bestimmt. An der Ecke der Ullmannstraße und Gemeindegasse soll eine Abkappung von 3 m plangreifen. Die Gemeindegasse ist früher derart bestimmt worden, daß sie eine directe Verbindung mit der Schulgasse nicht findet. Es würde ein Bruch entstehen, auch ist noch zu berücksichtigen, daß die Zurückrückung der an der geraden Nummernseite stehenden Häuser viel empfehlenswerter ist, als die der Häuser mit den ungeraden Nummern. Es wird daher seitens des Stadtrathes der Antrag gestellt, in der Gemeindegasse die Linie derart zu stellen, wie sie im Plane mit gestrichelter Linie bezeichnet ist. Der Antrag lautet (liest):

„1. Für die Gemeindegasse werden die Baulinien unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 12 m nach den Linien h c — g f bestimmt.

2. Die Baulinien in der Ullmannstraße werden unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 15 m nach den Linien a b mit einer 3 m langen Abkappung und d e abgeändert.“

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Mahenauer (den Vorsitz übernehmend): Wird gegen den Antrag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre denselben für angenommen.

Beschluß: 1. Für die Gemeindegasse werden die Baulinien unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 12 m nach den Linien h c — g f bestimmt.

2. Die Baulinien in der Ullmannstraße werden unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 15 m nach den Linien a b mit einer 3 m langen Abkappung und d e abgeändert.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Mitt. v. Neumann!

13. (1313.) Referent Gem.-Rath Mitt. v. Neumann (tritt an den Referententisch): Nummer 57. Es handelt sich hier um die Bestimmung der Baulinie der Fechtergasse im IX. Bezirke, eigentlich um die Bestimmung der Straßenbreite, denn die Baulinie wurde vom Gemeinderathe für die Häuser in der Fechtergasse mit geraden Nummern bereits bestimmt, und es haben auch einige Bauführungen auf Grund der gegebenen Baulinie bereits stattgefunden. Der Gemeinderath hat schon früher in Aussicht genommen, diese Straße 16 m breit durchzuführen, und dies insbesondere mit Rücksicht auf die eigenthümliche Configuration dieser Objecte, welche zukünftig zum Umbau gelangen; wie die verehrten Herren aus dem Plane, der auch im Detail dargestellt ist, sehen, springen die Häuser Nr. 16 bis 22 sehr weit in die Fechtergasse

vor. Es scheint daher nothwendig, wenn ein Umbau auf jener Seite stattfinden soll, wo die Häuser mit den ungeraden Nummern stehen, die Straße so breit zu machen, daß der Verkehr in der Straße noch immer möglich bleibt. Es haben nunmehr die Eigenthümer der Häuser Nr. 13 und 15 um die Baulinienbestimmung angejucht. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Häuser Nr. 16 und 22 weit in die Straße hineinragen, wird daher eine Straßenbreite von 16 m beantragt und eine Abkappung bei der Einmündung der Wiesengasse in die Fechtergasse nach den Linien G G'. — Dies ist der Antrag des Stadtrathes, des Magistrates und des Stadtbauamtes.

Bei der diesbezüglich durchgeführten Commission hat nur der Bezirksausschuß, sowie der verehrte Colleague Herr Dr. Alohberg, der in Vertretung des Stadtrathes dieser Commission beizuhnte, beantragt, es möge die Fechtergasse nur mit einer Breite von 12 m durchgeführt werden, und zwar mit der Begründung, daß dieser Straße nur ein geringer Verkehr zukomme und daß die benachbarten Straßen ebenfalls mit 12 m und sogar unter 12 m durchgeführt erscheinen. Nun bemerke ich, daß der Verkehrswert dieser Straße wirklich ein geringer ist; ich mache aber darauf aufmerksam, daß die Bauordnung eine Straßenbreite von 16 m überhaupt ohne Rücksicht auf den Verkehrswert vorschreibt, und zwar mit Rücksicht auf die sanitären Anforderungen. Die Straßenbreite wird mit 16 m vorgeschrieben, um den Häusern Licht und Luft zuzuführen, und eine Verringerung dieser Breite ist entschieden eine Schädigung der Wohngebäude respective der darin wohnenden Parteien.

Es ist daher in der Bauordnung gesagt, daß nur in Ausnahmefällen, also nur dort, wo es nicht gut möglich ist, wo das finanzielle Opfer zu groß wäre — dies trifft gewöhnlich im I. Bezirke zu — die Straßenbreite auf 12 m verringert werden darf. Es ist dies aber nicht so zu verstehen, daß von dieser Bestimmung geradezu ein willkürlicher Gebrauch gemacht, sondern nur ein Gebrauch dann gemacht werden soll, wenn zwingende Gründe dafür sprechen.

Nun möchte ich weiter darauf aufmerksam machen, daß eigentlich den Hauseigenthümern mit einer geringen Straßenbreite auch in anderer Hinsicht für zukünftige Zeiten gar kein großer Gefallen erwiesen werden würde. Die neue Bauordnung wird zukünftig die zulässige Hausshöhe von der Straßenbreite abhängig machen und die Vorlage, welche dormalen im Stadtrathe behandelt wird, nimmt in Aussicht, daß für die Bauzone bestimmt werde, daß die größte Hausshöhe nur das eineinviertelfache der Straßenbreite betragen darf. Wenn Sie daher eine Breite von 16 m bestimmen, so wird eine Hausshöhe von 20 m möglich sein. Es wird dann die Erbauung vier Stock hoher Häuser möglich werden. Wenn eine Breite von 12 m bestimmt wird, so gibt das eine Hausshöhe von 16 m, das ist eine Höhe, bei welcher man nur drei Geschosse aufzuführen kann. Es wird sich daher zukünftig nach Feststellung der neuen Bauordnung herausstellen, daß die Hauseigenthümer weit eher bestrebt sein werden, dahin zu wirken, daß die Straßenbreite groß gewählt werde, damit sie ihre Häuser in entsprechender Weise ausbauen und ihre Gründe verwerten können, als daß sie darnach streben dürften, geringe Straßenbreiten zu erreichen.

Meine Herren! In diesem Falle sind aber die zwingenden Umstände angegeben worden, welche für die Breite von 16 m schon aus verkehrstechnischen Gründen sprechen. Die Herren sehen auf dem Plane dargestellt (Alternative), daß, wenn Sie die Straßenbreite von 12 m wählen würden, eine Verbauung der Häuserreihe

mit ungeraden Nummern überhaupt nicht stattfinden kann. Ob mit einem solchen Antrage den Hauseigenthümern gedient ist, bezweifle ich. Ich glaube daher, wohl allen Grund zu haben, dem geehrten Gemeinderathe empfehlen zu sollen, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen, welcher dahin geht: „Die Baulinie wird unter Zugrundelegung einer Breite von 16 m nach den Linien A B, C D, E F, G' G H, I K bestimmt.“

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Da wird herumgestritten über den Plan, ob 12 oder 16 m. Warum wird herumgestritten? Weil es einem Menschen eingefallen ist, ein Lineal zu nehmen und einen geraden Strich zu machen: So machen wir die Gasse. Wer braucht diese Fechtergasse, wo alle Jahre vielleicht fünf Wagen durchfahren? Wer braucht eine gerade Linie? Krumme Gassen sind ohnehin viel schöner als gerade. Das ist eine alte Regel. Jedem, der ein bißchen Schönheitsfönn hat, wird eine gerade Straße nicht gefallen. Schauen Sie sich die Mariahilferstraße an am Anfange, welch schöne Biegungen dieselbe hat, jedes Haus kommt zur Geltung. Jetzt wollen Sie ungeheure Veränderungen vornehmen. Lassen Sie die alte Straße, wie sie ist, dann brauchen Sie keine Einlösung zu machen. Aber das Lineal zu nehmen und einen Strich zu machen, es ist eine reine lineale Zeit, in der wir leben.

Ich kann nicht anders sprechen. Sie können dort ruhig den Straßenzug belassen, wie er ist. Ob er eine kleine krumme Linie beschreibt oder eine gerade, ist gleich. Die Commune erspart Geld. Aber dorthin eine enge Straße machen mit sieben Stock hohen Häusern, wie sie jetzt sind, in einem Terrain, wo früher Überschwemmungen waren und wo vielleicht noch einmal Hochwasser ist, dumpfe Wohnungen nach diesem Baustysteme, das ist nicht richtig; da möchte ich abrathen. Also, ich beantrage, die alte Richtung zu lassen und die Gasse in entsprechender Breite durchzuführen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Dr. Alohberg!

Gem.-Rath Dr. Alohberg: Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich bezüglich dieser Baulinienbestimmung auch das Wort ergreife.

Es ist selbstverständlich für einen Arzt, der die hygienischen Interessen der Stadt in erster Linie wahren soll, schwer, dafür einzutreten, daß eine Verengung einer Straße eintreten soll. Aber ich erlaube mir, auf die Genesis dieser Straße hinzuweisen. Ursprünglich war geplant, diese Straße von der Abfahrtshalle des Franz-Josef-Bahnhofes direct auf die Rußdorferstraße zu führen. Aus diesem Grunde wurde die Breite mit 16 m angenommen. Dieser Plan ist jetzt aus dem einfachen Grunde nicht mehr durchführbar, weil andererseits das Stadtbauamt wieder beschlossen hat, daß in der Richtensteinstraße Häuser gebaut werden sollen und infolge dessen die Fechtergasse zur Rußdorferstraße nicht mehr geführt werden kann. Außer der Richtensteinstraße, welche eine Breite von 17 m hat — und zwar eine berechnete Breite, da sie als Hauptverkehrsader bestimmt ist, den Süden mit dem Norden zu verbinden und eine Durchfahrtsstraße ist — sind weitere Hauptverkehrsadern im Lichtenenthal die Lichtenenthalergasse und die Marktgasse, weil sie zur Kirche führen, die letztere insbesondere aus dem Grunde, weil sie von der Alserbachstraße bis hinaus durch die Realität

des Liechtenstein'schen Bräuhauses führt, ergo eine Concurrenz- oder Parallelstraße zur Liechtensteinstraße ist. Diese Straßen — es sind auch Baulinienbestimmungen aus der allerjüngsten Zeit — haben eine Breite von 12, sage zwölf Metern. Und eine Straße, die absolut nicht befahren wird, wo wir Häuser einlösen müssen, wenn wir sie in dieser Breite durchführen wollen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil den Hausherren keine genügende Baulfläche übrigbleibt, um überhaupt ihre Häuser umbauen zu können — diese Straße wird auf Grund eines alten Gemeinderaths-Beschlusses mit 16 m projectiert. Aus diesem Grunde habe ich mir über Bitten der Hauseigentümer und des Bezirksausschusses, die auch der Commission beigewohnt haben, den Antrag zu stellen erlaubt, um der Gemeinde Kosten zu ersparen, diese Straße auf die Breite von 12 m zu bringen.

Nun hat man mir gesagt, wenn die Straße 12 m breit werden soll, so rücken die Häuser vor und Sie müssen den Grund einlösen, sonst sei das Bauen nicht möglich. Warum nicht möglich? Weil dann die Straße bis zum Hause Nr. 16 Fechtergasse eine Breite von 2-80 m bekommt. In unmittelbarer Nähe der Fortsetzung der Fechtergasse zwischen der Markt- und Salzergasse ist auch nicht mehr als eine Breite von 2-20 m. Dort könnte man also überhaupt nicht bauen, sondern die Gemeinde wäre verpflichtet, die Häuser dort einzulösen. Ich erinnere Sie aber auf die Verengerungen, die die Gemeinde selbst herbeigeführt, beziehungsweise das Stadtbauamt durch Anschüttungen und Regulierung von Straßen zum Beispiel bei der Rußdorferstraße vis-à-vis vom Hotel Union, wo eine ganze Mauer aufgeführt wurde und dadurch der weitere Verkehr aus Lichtenthal nach der Rußdorferstraße unterbunden und bloß eine Breite übrig gelassen wurde von ungefähr 2-30 m. Hier würde übrigens auch nur momentan eine Verengerung der Straße hervorgerufen, nur provisorisch, und aus diesem Grunde würde ich, um den Ansprüchen gerecht zu werden, die goldene Mittelstraße wählen und beantragen, die Straße mit 14 m zu stipulieren.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Schuh!

Gem.-Rath Schuh: Als Vertreter des IX. Bezirkes kann ich nur begrüßen, daß endlich einmal die Seitenstraßen eine andere Breite kriegen, als sie bisher haben. Herr Dr. Klobberg mag ja von seinem Standpunkte als Arzt recht haben, aber vergessen Sie nicht, lieber Herr Dr. Klobberg, daß wir hier lauter fünf Stock hohe Häuser haben und dadurch die Straße an sich gesundheitschädlich ist. Wären bloß dreistöckige Gebäude, wäre ich ja damit einverstanden, jetzt kann ich aber nur für eine Straßenbreite von 16 m stimmen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Müller!

Gem.-Rath Josef Müller: Die Fechtergasse ist heute ein enges Gässchen und noch nicht ausgebaut. Von einer Seite wurde gesagt, es sei nicht notwendig, eine gerade Baulinie zu bestimmen. Nun, das wäre ja richtig, wenn nicht bereits von dieser Baulinie Gebrauch gemacht worden wäre. Es ist dies aber geschehen, und zwar beim Hause Nr. 24 Ecke der Fechtergasse und Althangasse — dort wurde ein neues Haus gebaut — dann in der Mitte der Fechtergasse, Ecke der Simondengasse, und außerdem das Eckhaus in der Liechtensteinstraße. Diese drei Häuser liegen in einer geraden Linie und nachdem also diese fixiert ist, kann von einer Curve oder ungeraden Linie überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Es ist daher die geradlinige Verbindung durch diese drei Neubauten bereits vollständig fixiert und handelt es sich nur mehr um die Breite

der Straße. Sie sehen, daß die Häuser Nr. 12, 13 und 15, welche zum Umbau gelangen sollen, selbst bei einer Breite von 16 m schon über die jetzige Eigenthumsgrenze hinübertreten, und sie müssen daher schon bei 16 m Breite von der Gemeinde Grund einlösen; je schmaler Sie aber die Straße machen, desto mehr müssen Sie einlösen. Wenn Sie die Straße nun schmaler machen, so kommen Sie, nachdem das Haus Nr. 16 noch weit in die Straße reicht, mit der Baulinie an der ungeraden Seite so weit gegen diesen Vorsprung, daß der Umbau absolut ausgeschlossen ist, und ist daher die Fixierung einer Breite von 16 m das einzig richtige. In der Mitte zwischen 12 und 16 liegt allerdings die Zahl 14, aber hier ist das nicht die goldene Mittelstraße, wie Collegen Dr. Klobberg erklärt hat, weil, wenn Sie 14 m bestimmen, die Häuser Nr. 13 und 15 überhaupt nicht umgebaut werden können, trotzdem sie über die Baulinie hinausreichen.

Ich resumiere: Eine andere Linie als eine gerade ist ganz ausgeschlossen, weil Neubauten bestehen. Wenn Sie eine schmälere Gasse haben wollen als 16 m, so schaden Sie den Eigenthümern und nützen ihnen gewiß nicht. Daher ist der Antrag des Referenten der einzig richtige, die Straße mit 16 m zu bestimmen. Ich ersuche Sie, ihn anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Der Herr Referent hat das Schlusswort. (Derselbe verzichtet.)

Wir schreiten zur Abstimmung. Der Antrag des Stadtrathes beruht darauf, daß die Straßenbreite mit 16 m bemessen werde. Der Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Klobberg bezweckt eine Straßenbreite von 14 m. Herr Gem.-Rath Gregorig hat seinen Antrag zurückgezogen. Ich bringe sonach den Gegen-Antrag Klobberg zur Abstimmung. (Gem.-Rath Dr. Klobberg: Ich ziehe ihn zurück!) Dieser Antrag wird auch zurückgezogen.

Ich ersuche also jene Herren, welche dem Antrage des Stadtrathes zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die Baulinie für die Seite der ungeraden Nummern der Fechtergasse im IX. Bezirke wird unter Zugrundelegung einer Breite von 16 m nach den Linien A B, C D, E F, G' G H und I K bestimmt.

14. (1050.) Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Es handelt sich um den Ankauf des Hauses XVI. Bezirk, Ottakring, Langeasse 11, behufs Errichtung eines Volksbades. Es wurden Erhebungen gepflogen, welche Baustelle sich im XVI. Bezirke zur Errichtung eines Volksbades eignen würde. Es wurde vom Bauamte seinerzeit vorge schlagen, eine Realität in der Lerchenfelderstraße Nr. 63 zu wählen. Dieser Grund gehört der Gemeinde Wien. Die Lage ist aber keine günstige, indem dieser Punkt von dem dormalen bebauten Theile des Bezirkes Ottakring zu weit entfernt ist. Es wurde nun vom Bezirksausschusse darauf aufmerksam gemacht, daß das Haus Langeasse 11 (Friedrich Kaiserstraße) und Bachgasse anzukaufen sei und sich für die Errichtung eines Volksbades vorzüglich eigne. Das haben auch die Ämter bestätigt. Dieses Haus hat zwei Fronten, und zwar, wie ich schon erwähnt habe, nach der Friedrich Kaiserstraße und nach der Bachgasse. Es wird daher beim Ankaufe dieses Objectes möglich sein, entweder ein Doppel-Volksbad zu errichten oder einen Theil der Parcellen sei es nach der Bachgasse oder nach der Friedrich Kaiserstraße zu verkaufen, beziehungsweise mit einem Wohnhause zu verbauen. Die Eigenthümer des Hauses Langeasse 11 haben für dieses Object, welches eine Fläche von 182⁰ misst, zuerst einen Preis von

20.000 fl. verlangt, sind indes im Verhandlungswege auf die Summe von 18.000 fl. herabgegangen. Sie haben auch in der Voraussetzung der Zustimmung des Gemeinderathes den Parteien gekündigt, so daß mit Mai die Demolierung erfolgen und mit dem Bau des Volksbades begonnen werden kann unter der Annahme, daß die Baupläne rechtzeitig vorliegen. Der Preis ist ein relativ hoher. Es stellt sich die Quadratlast auf etwa 100 fl. Das rechtfertigt sich aber durch den Umstand, daß das Haus zwei Gassenfronten hat und sich daher für Speculationsbauten sehr gut eignen würde. Der Zins ist auch ein relativ hoher. Der Stadtrath war daher der Ansicht, daß die günstige Lage des Objectes den Ankauf empfehle, und beantragt daher (liest):

„Es sei das der Ludmilla Lederer und Helene Seiser gehörige Haus C.-Nr. 226 in Ottakring, XVI. Bezirk, Einl.-Z. 875 und 877 des Grundbuches Ottakring um den Betrag von 18.000 fl. durch die Gemeinde Wien anzukaufen.“

Die Gemeinde Wien übernimmt die Zahlung der Vertragsausfertigungskosten und Stempelgebühren, sowie der Vermögensübertragungsgebühren sammt Zuschlägen.

Die Übergabe des Hauses an die Gemeinde Wien und die Bezahlung des Kaufschillings, von welchem die Sparcassapost in Abzug zu bringen ist, erfolgt am 15. Mai d. J.“

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluß: Das der Ludmilla Lederer und Helene Seiser gehörige Haus C.-Nr. 226 in Ottakring, XVI. Bezirk, Einl.-Z. 875 und 877 des Grundbuches Ottakring wird um den Betrag von 18.000 fl. durch die Gemeinde Wien angekauft.

Die Gemeinde Wien übernimmt die Zahlung der Vertragsausfertigungskosten und Stempelgebühren, sowie der Vermögensübertragungsgebühren sammt Zuschlägen.

Die Übergabe des Hauses an die Gemeinde Wien und die Bezahlung des Kaufschillings, von welchem die Sparcassapost in Abzug zu bringen ist, erfolgt am 15. Mai d. J.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg zum Referate.

15. (1594.) Referent Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe über ein Anbot der Eheleute Marcher, Marktgasse Nr. 4 zu referieren, welche ihr Haus der Gemeinde Wien zur Erweiterung des Schulhauses Alserbachstraße Nr. 23, Marktgasse Nr. 2, angetragen haben, und zwar um den Preis von 18.000 fl. Infolgedessen hat — nachdem ich erklärt habe, es wäre vom Preise vielleicht noch etwas herunterzubringen — der Stadtrath beschlossen, ein Verhandlungs-Comité einzusetzen und die Eheleute Marcher haben einen Betrag von 500 fl. nachgelassen. Das Haus soll zur Vergrößerung der Schule dienen. Dasselbe hat ein Ausmaß von 140 □°, so daß der Preis einer Klafter sich auf ungefähr 128 fl. stellt, gewiß ein mäßiger Preis in einer Straße, welche im Falle eines Umbaues nicht zurückrücken muß. Weiters möchte ich bemerken, daß dieser Antrag sowohl seitens des Ortschaftsrathes als seitens des Bezirkschulrathes, des Magistrates, des Bezirkschul-Inspectorates und des Bauamtes wärmstens befürwortet wird,

und zwar ist es aus dem einfachen Grunde wünschenswert, das Haus zu erwerben, weil, wenn der Eigenthümer bauen und in derselben Weise bauen würde, wie das Haus Nr. 6 gebaut worden ist, unsere Schule dort entwertet würde, indem acht Lehrzimmer finster würden. Aus diesem Grunde bitte ich, dem Antrage zuzustimmen, und zwar unter den nachfolgenden Bedingungen (liest):

„Es sei das den Eheleuten Marcher gehörige Haus Nr. 4 Marktgasse im IX. Bezirke um den Betrag von 17.500 fl. seitens der Gemeinde Wien anzukaufen.“

Die Kosten der bürgerlichen Umschreibungen, sowie die Vertragstempelposten sind von der Gemeinde Wien zu tragen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluß: Es sei das den Eheleuten Marcher gehörige Haus Nr. 4 Marktgasse im IX. Bezirke um den Betrag von 17.500 fl. seitens der Gemeinde Wien anzukaufen.

Die Kosten der bürgerlichen Umschreibungen sowie die Vertragstempelposten sind von der Gemeinde Wien zu tragen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Dr. Lederer zum Referate.

16. (698.) Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Die Herren erinnern sich, daß aus Anlaß der Demolierung der Kapellen an den ehemaligen Linien Wiens sich ein Verein gebildet hat, welcher den Wiederaufbau dieser Kapellen an geeigneten Stellen, beziehungsweise die Transferierung derselben in Aussicht genommen hat. Der Verein tritt nun mit dem Ansuchen an die Gemeinde heran, ihm einen Grundtheil zu überlassen — ich bitte die Herren, sich den Plan anzusehen — ungefähr gegenüber dem gegenwärtigen Linienamte in Hütteldorf. Auf einem Theile dieses Grundes wird die Kapelle erbaut und dann wird mit Benützung der dort befindlichen Bäume eine kleine Gartenanlage gemacht, es wird auch eine Stiege gebaut.

Der Magistrat hat nun beantragt, man soll diesen Grund um einen bestimmten Preis dem Kapellenbauvereine überlassen. Der Stadtrath war aber nicht dieser Meinung; der Stadtrath hat gemeint, man soll diesen einen Grund, auf dem die Kapelle selbst gebaut wird, dem Kapellenbauvereine auf unbestimmte Zeit, und zwar für die Zeit des Bestandes der Kapelle, pachtweise gegen einen Anerkennungszins von 1 fl. überlassen und den übrigen Theil, wo die Gartenanlage errichtet werden soll und von dem ein Theil eventuell bei einer Straßenverbreiterung in Anspruch genommen werden könnte, dem Kapellenbauvereine gegen eine halbjährige Kündigung gleichfalls gegen einen Anerkennungszins von 1 fl. jährlich überlassen.

Ich erlaube mir also, diesen Antrag dem Gemeinderathe zur Annahme zu empfehlen.

Er lautet (liest):

„Dem Vereine wird für die Anlage einer Kapelle die Figur e f g h e des vorgelegten Planes für die Dauer des Bestandes dieser Kapelle um den Anerkennungszins von jährlich 1 fl. überlassen und die Figur a b c d und e f g h gegen einen Pachtzins von jährlich 1 fl. gegen halbjährige Kündigung in Bestand gegeben.“

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Dem Vereine wird für die Anlage einer Kapelle die Figur e f g h e des vorgelegten Planes für die Dauer des Bestandes dieser Kapelle um den Anerkennungszins von jährlich 1 fl. überlassen und die Figur a b c d und e f g h gegen einen Pachtzins von jährlich 1 fl. gegen halbjährige Kündigung in Bestand gegeben.

17. (10215 ex 1894.) Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Es handelt sich um folgendes: Wie die Herren wissen, gehörte ein Theil des gegenwärtigen X. Gemeindebezirkes zur Gemeinde Inzersdorf. Es haben früher Verhandlungen gespielt, und es handelt sich jetzt darum, daß bei der Gemeinde Inzersdorf ein neuer Cooperator bestellt werden soll, welcher vorzugsweise deshalb auch bestellt werden muß, weil dieser nunmehr nach der Gemeinde Wien einbezogene Theil in den Pfarrbezirk von Inzersdorf noch hineinfällt.

Es hat sich nun die Statthalterei an die Gemeinde mit der Frage gewendet, welchen Betrag die Gemeinde allenfalls geneigt wäre für die Erhaltung dieses Cooperators beizutragen, weil der dortige Pfarrer die Auskunft ertheilt hat, daß nur ein Betrag von circa 200 fl. aus den eigenen Geldern der Pfarre aufzubringen sein wird, der Rest zur Ergänzung der Congrua auf 500 fl. somit theils vom Religionsfonde, theils von anderer Seite herbeigeschafft werden soll. Nachdem nun die Gemeinde schon bei mehreren derartigen Pfarren, insbesondere auch die frühere Gemeinde Meidling u. s. w. derartige Zuschüsse geleistet hat, war der Stadtrath der Meinung, nachdem das wirklich für die dortige Bevölkerung eine wichtige Angelegenheit ist, daß auch in diesem Falle von Seite der Gemeinde Wien ein Beitrag zu leisten wäre. Es wird somit der Antrag gestellt (liest):

„Es sei ein jährlicher Sustentationsbeitrag von 100 fl. für den an der Pfarre in Inzersdorf neu zu bestellenden Hilfspriester zu bewilligen, welcher Betrag jedoch nur bis zu jenem Zeitpunkte flüssig zu machen wäre, zu welchem die Abtrennung des Rudolfsbühlhügels von der Pfarre in Inzersdorf erfolgt, beziehungsweise der Rudolfsbühlhügel zu einer der im X. Bezirke neu zu errichtenden Pfarren einbezogen wird.“

Es entfällt dann der Anlaß, einen solchen Beitrag zu leisten. Ich bitte, auch diesem Antrage die Zustimmung zu ertheilen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Es sei ein jährlicher Sustentationsbeitrag von 100 fl. für den an der Pfarre in Inzersdorf neu zu bestellenden Hilfspriester zu bewilligen, welcher Betrag jedoch nur bis zu jenem Zeitpunkte flüssig zu machen wäre, zu welchem die Abtrennung des Rudolfsbühlhügels von der Pfarre in Inzersdorf erfolgt, beziehungsweise der Rudolfsbühlhügel zu einer der im X. Bezirke neu zu errichtenden Pfarren einbezogen wird.

18. (1785.) Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Das Comité für Studentenconvicte ist um eine Subvention eingeschritten. Der Gemeinderath hat diesem Convictscomité, an dessen Spitze der verstorbene Geheimrath Baron Hye gestanden ist, bereits in früheren Jahren eine Subvention bewilligt. Es ist dies ein sehr wohlthätiges Institut, wie die Herren ja alle wissen. Es

wird also vom Stadtrathe beantragt: „für die Jahre 1895, 1896 und 1897 unter den gewissen Cautelen, die wir immer solchen Bewilligungen auf mehrere Jahre hinzufügen, auch diese Subvention von jährlichen 200 fl. zu bewilligen“. Ich bitte Sie, Ihre Zustimmung diesem Antrage zu ertheilen.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Annommen.

Beschluss: Dem Comité für Studentenconvicte wird eine Subvention von je 200 fl. für die Jahre 1895, 1896 und 1897 unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen bewilligt.

19. (8379 ex 1894 und 261 ex 1895, Beil. 48.) Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Nun sind noch zwei Stücke, über die ich den Herren zu referieren habe. Es handelt sich nämlich um eine neue Organisierung, beziehungsweise Systemisierung der Amtsdienerstellen. Es sind dies Zahl 8379 ex 1894 und Zahl 261 ex 1895, Beilage Nr. 48.

Wie die Herren wissen, ist seinerzeit ein Concretualstatus für die sämtlichen Diener eingerichtet worden. Dieser Concretualstatus hat sich nun nicht bewährt, und zwar aus dem Grunde, weil dadurch die richtige Vertheilung der Dienerstellen in die verschiedenen Kategorien mit Berücksichtigung der Eignungen der Diener nicht erfolgen konnte. Es sind da insbesondere, wie die Herren sich ja erinnern, sehr viele Klagen eingelaufen.

Insbefondere bei Bestellung der neuen Schuldiener hat sich der Mißstand ergeben, daß diese Schuldiener nicht in die oberen Kategorien untergebracht werden konnten, weil eben lauter rangsältere Diener da waren, die ältere Ansprüche auf die höheren Kategorien hatten. Dieser Übelstand ist von Seite des Magistrates schon wiederholt hervorgehoben worden, und wenn ich nicht irre, ist von Seite des Stadtrathes dem Magistrate der Auftrag ertheilt worden, in dieser Beziehung einen Vorschlag zu erstatten. Der Magistrat hat diesen Vorschlag nunmehr erstattet und denselben eigentlich dahin zugespitzt, daß mit diesem Concretualstatus, wie er in der damaligen Organisation, ich glaube vom Jahre 1892, festgesetzt worden ist, neuerlich gebrochen werde und daß die Diener je nach der Art ihrer Verwendung in die Gehaltskategorien einzutheilen sind. Diese Gruppen sollen nun ihrerseits in eine gewisse Zahl von Gehaltskategorien getheilt werden, so daß jeder Diener in diesem Status seine Weiterbeförderung finden kann.

Es hat sich da also zunächst um die Gruppierung der städtischen Diener gehandelt und da haben sich eben nach der Art ihrer Verwendung von selbst verschiedene Gruppen ergeben. Da ist zunächst die Gruppe der Kanzleidiener, wo eben die Amtsdieners und Rathhausaufseher unterzubringen sind. Ich bemerke, die Rathsdieners waren früher und sollen auch künftig diejenigen sein, die in die erste Kategorie der Diener eingereiht werden. Sonst sind die Schuldiener, von denen ich früher gesprochen habe und die nunmehr die Möglichkeit haben sollen, in ihrem Status die weitere Beförderung zu finden, dann haben wir das Dienerpersonale im Executionsamte, im Marktamte, im Asyl- und Werkhause, im Museum und in den Versorgungshäusern.

Ich bemerke, daß, während dieser Gegenstand in Berathung war, ein zweiter Act von Seite des Magistrates an den Stadtrath gekommen ist, der gleichfalls einem lange gehegten Wunsche, der hier schon wiederholt zum Ausdruck gekommen ist und zuletzt von der Budget-Commission im Jahre 1894 dem Stadtrathe zugewiesen

worden ist, zur Erledigung bringt, das ist nämlich die Stellung der Hallendiener. Die Herren wissen, daß die Hallendiener ein ziemlich verantwortliches Geschäft in den Markthallen haben, daß sie, insbesondere in neuerer Zeit, auch zur Abwage verwendet werden und daß daher wiederholt im Schoße des Gemeinderathes aufmerksam gemacht wurde, daß diese Diener doch eine größere Vertrauenswürdigkeit genießen sollten und daß zu diesem Zwecke ihre Systemisirung, beziehungsweise ihre fixe Anstellung und ihre Beerdigung nothwendig wäre. Bis zu diesem Zeitpunkte, gegenwärtig also noch, haben diese Hallendiener ein Taggeld von 1 fl. 50 kr. und nur, wenn sie Nachtdienst haben, eine Zulage von 75 fr.

Der Stadtrath hat nun über Vorschlag des Magistrates in dieser Richtung nunmehr den Antrag gestellt, es sollen diese Hallendiener in die dritte Kategorie der städtischen Diener, und zwar in jene Gruppe, die auf das Marktamt Bezug hat, eingereiht werden. Diejem Vorschlage hat der Stadtrath seine Zustimmung gegeben und stellt Ihnen auch nunmehr den diesbezüglichen Antrag.

Wenn die Herren die Tabelle zur Hand nehmen, werden Sie sehen, daß der gegenwärtige Status nach dem factischen Stande der Verwendung angestellt ist, daß also der gegenwärtige Status bei der Kanzlei in der ersten Kategorie 36 Diener, in der zweiten Kategorie 194 Diener mit einem Rathhausaufseher und in der dritten Kategorie 94 Diener, zusammen also 324 Diener hat. Nun sollen aber nach der künftigen Organisation, wie sie nunmehr beantragt wird, Amtsdienner bestellt werden, die zur Kanzlei gehören, und zwar in der ersten Kategorie 40, welche den Namen „Rathsdienner“ haben sollen, in der zweiten Kategorie 194, in der dritten Kategorie 90, im Summe 324 wie bisher. Schuldienner sind gegenwärtig factisch in Verwendung: 3 in der ersten Kategorie, 81 in der zweiten, 36 in der dritten Kategorie, im Summe 120. Um nun da eine gewisse Gleichförmigkeit herzustellen, wird von Seite des Stadtrathes beantragt, in die erste Kategorie 15 aufzunehmen, in die zweite 75, in die dritte 30, im Summe wie bisher 120. Im Executionsamte sind bisher 58 Mahnboten, die in der zweiten Kategorie stehen. Der Magistrat beantragt, auch hier eine gewisse Vertheilung vorzunehmen, bemerkt aber, daß da die Zahl der Stellen in der ersten Kategorie nicht in entsprechender Weise vermehrt zu werden braucht, weil eine Reihe von Mahnboten dann später in das Steuerexecutionsamt ihren Übertritt finden können. Es werden nach dem Antrage des Magistrates, dem sich der Stadtrath angeschlossen hat, in Zukunft sein: 7 in der ersten, 41 in der zweiten, 10 in der dritten Kategorie, im Summe 58 wie bisher. Eine einschneidende Veränderung tritt durch das, was ich vorher bemerkt habe, beim Marktamte ein. Beim Marktamte entfallen von der ersten Classe, in der sich bisher 9 befunden haben, deshalb einige, weil man für diese Stellen keine Verwendung mehr hat; diese gewissen Schlachtbrücken-Oberaufseherstellen werden nunmehr von gelernten Thierärzten versehen, entfallen somit als Diennerstellen. Es würden für die Zukunft Stellen erster Classe 5, zweiter Classe 34 sein, und in die dritte Kategorie würden dann die 30 Hallendiener, die neu creiert werden sollen, eingereiht werden. Ich bemerke, daß diese Hallendiener, wie ich dann später, wenn ich mit dem Gesamtüberblicke fertig sein werde, Ihnen verlesen werde, unter gewissen festzustellenden Bedingungen ihre definitive Anstellung finden. Im Museum würde keine Veränderung stattfinden, ebenso im Ayl- und Werkhause, da hat sich auch durch die gegenwärtige Eintheilung und

Verwendung die betreffende Anstellung derselben selbst ergeben. Es werden 1 in der ersten Classe, 13 in der zweiten Classe, 1 in der dritten Classe zur Anstellung kommen. Im Museum 1 in der ersten Classe, 1 in der zweiten Classe, Summa 2, und im Versorgungshause 3 in der zweiten Classe, 3 in der dritten Classe, wie es bisher der Fall war, zusammen 6, wo es keine Nothwendigkeit gegeben hat, irgendeine Veränderung oder Beförderungsmöglichkeit eintreten zu lassen. Im ganzen würden nunmehr nach der neuen Organisation statt 50 69 Diener erster Kategorie, statt 380 361 der zweiten Kategorie, statt 137 167 der dritten Kategorie, Summa 597 Diener. Es würde sich dabei ein Mehrbetrag ergeben, der sich allerdings wegen der erfolgenden Verschiebung nicht ganz ziffermäßig feststellen läßt, der aber ungefähr etwas über 3000 fl. ausmacht. Bei den Markthallendienern würde derselbe allein 2300 fl. ausmachen; also er wird über 3000 fl. sein, welcher Betrag selbstverständlich, weil das Budget bereits seinen Abschluß gefunden hat, auf den Reservefond zu überweisen wäre.

Was nun die Hallendiener anbelangt, deren Systemisirung von Seite des Stadtrathes unter einem beantragt wird, so würden für die Systemisirung dieser Hallendiener folgende Bestimmungen zu gelten haben:

„1. Die Systemisirung von 30 definitiven Hallendienerstellen mit den Bezügen der dritten Diener-Bezugsclasse und deren Einreihung unter die Diener des Marktammtes der dritten Classe wird genehmigt. (In der vorstehenden Tabelle bereits durchgeführt).

2. Die definitive Anstellung aller jener Markthallendiener, welche bereits fünf Jahre in dieser Eigenschaft in Verwendung stehen und sich als befähigt und geeignet zum Dienste erwiesen haben, vom 1. Jänner 1895 an wird bewilligt und in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 6. Juli 1894, Z. 4528, die in provisorischer Eigenschaft zugebrachte Dienstzeit zur Erlangung von Quinquennien in Anrechnung zu bringen.

Die tatsächliche Einreihung erfolgt sohin durch den Stadtrath.“ — Das ist nach dem Statute.

„3. Die als Markthallendiener aufgenommenen Individuen haben mindestens durch fünf Jahre provisorisch zu dienen und beziehen in dieser provisorischen Dienststellung einen Taglohn von 1 fl. 50 kr.“ — Das ist der Taglohn, den sie bisher gehabt haben.

„4. Die Markthallendiener werden auch ferner in dem Bezuge der Gehür von 75 fr. für jede im Dienste verbrachte Nacht belassen.

5. Die Bewerber um eine Markthallendienerstelle haben sich beim Vorstande des Marktammtes einer Prüfung in Bezug auf ihre Fertigkeit im Schreiben und Rechnen zu unterziehen, ihre Befähigung zum Wagdienste infolge Ablegung der Wagmeisterprüfung (Ministerial-Verordnung vom 12. October 1876, R.-G.-Bl. Nr. 126) nachzuweisen und wären von ihrer Aufnahme hinsichtlich ihrer körperlichen Eignung durch das Stadtphysikat zu untersuchen.

6. Zur Deckung des Mehrerfordernisses per 2302 fl. 50 kr.“ — das bezieht sich nur auf die Markthallendiener — „ist zur Ausgabe-Rubrik XXIX „Markthallen“ der entsprechende Zuschuß-credit zu bewilligen.“

Ich bitte, diesen Anträgen zuzustimmen.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Ich bin nicht in der Lage, gegen diese Vorlage irgendeine Einwendung zu erheben, aber ich bedauere, daß in der gesamten Vorlage der ärmsten der Armen vergessen wurde, das sind die provisorischen Amtsdienner.

Ein provisorischer Angestellter bei der Gemeinde ist ohnehin ein trauriges Geschöpf. Wenn seine Nase jemanden nicht zu Gesicht steht, er kann der bravste Mann sein, wird er hinausgeworfen, und entdeckt er, daß jemand etwas gestohlen hat, so bringt ihn eine Anzeige unbedingt hinaus, bis gewisse Leute, die besonders gut sind, ihr Protectionskind darin haben.

Das ist auch der Grund, warum ich mich dieser Armen annehme. Es kommt nämlich merkwürdiges vor, namentlich heuer bei der starken Zustellung. Zu mir selbst ist jemand gekommen und hat gesagt: Du, da ist — entschuldigen Sie den Ausdruck — so ein zerlumpter Kerl gekommen und hat mir das Ding gebracht.

Ja, es ist richtig, so ein provisorischer Aushilfsdiener hat 1 fl. 30 kr. pro Tag. Wie soll er sich davon anständige Kleider verschaffen, wenn er vielleicht noch eine Familie zu ernähren hat?

Ich glaube also, es ist im Interesse einer geordneten Amtsführung, wenn da etwas geschieht, und ich erlaube mir daher den definitiven Antrag: „daß in die Summe, die hier vorgeschlagen wird, für jeden provisorischen Amtsdieners ein Betrag von 40 fl. zur Anschaffung einer Amtskleidung eingestellt wird“, denn wenn er in der Amtsmontur kommt, Blouse, Mantel und Kappe, so sieht er anständig aus und man läßt ihn hinein.

Wenn aber jemand — Armut ist ja keine Schande — sich nicht die nöthige Kleidung anschaffen kann und er soll in amtlicher Eigenschaft kommen, so geht das nicht gut. Ich bitte also, meinen Antrag anzunehmen, daß per provisorischen Amtsdieners 40 fl. eingestellt werden, von welchen die betreffenden mit Amtskleidung oder Uniform versehen werden können.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Meine sehr geehrten Herren! In den ehemaligen Vororten wurden von den k. k. Steuerämtern sechs Mann übernommen, welche dort schon eine Dienstzeit von nahezu 20 Jahren hatten. Die Leute waren dort nur provisorisch angestellt und sind auch von der Commune nur provisorisch übernommen worden.

Die Leute haben mehr weniger eine längere Dienstzeit und um 1 fl. 50 kr. muß der Mann den ganzen Tag fort und fort gehen.

Ich habe so einen gefragt. Er hat mir erwidert: „Wenn ich es noch so klug anstelle 20, 30 kr. brauche ich doch für mich, wenn ich den ganzen Tag laufen muß.“ Wie soll der Mann von dem Restbetrage, wenn er mit seiner Familie doch wenigstens etwas essen soll, leben?

Ich möchte mir nun die Anfrage an den Herrn Referenten erlauben, ob diese provisorischen Diener bei dieser Aufstellung des Status berücksichtigt werden?

Referent: Das bezieht sich nur auf die definitiv angestellten Diener. Allerdings haben aber die provisorischen Aussicht, unter die definitiven einzurücken, sobald eine Stelle erledigt wird. Das ist aber nach dem Status nothwendig, es müßte denn die Zahl der Diener wieder vermehrt werden.

Gem.-Rath Brauneiß: So erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, daß diese langjährigen Diener — es ist ja keine große Zahl — endlich definitiv angestellt werden. Ich stelle den positiven Antrag, daß diese sechs Diener definitiv angestellt werden.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Bärfl hat das Wort.

Gem.-Rath Bärfl: Ich muß Sie auch auf eine Kategorie von Dienern aufmerksam machen, die hier auch nicht berücksichtigt sind. Das betreffende Gesuch liegt schon sehr lange beim Magistrate. Vielleicht können Sie sich erinnern, daß Sie das Memorandum dieser Diener haben — das sind die Einsammler. (Sehr richtig!) Diese Leute sind sehr zu bedauern: sie dienen schon sehr lange, und was die für einen Dienst haben! Der Herr Referent hat auf den verantwortlichen Dienst der Markthallendiener hingewiesen. Schauen Sie sich einmal den Einsammler an: der bekommt nur ein paar Stiefel und eine Kappe, er muß um 2, längstens $\frac{1}{2}$ 3 Uhr früh in der Stadt sein. Dort macht er seine Einsammlungen, er ist mit hunderten von Gulden belastet und liefert sie ab. Wenn er drinnen — um 5, 6 Uhr — fertig ist, muß er auf den Markt heraus und cassiert dann heraußen ein. Das geht bis 4 Uhr mitunter, bis er die Cassa abführen kann und er hat nichts als die Kappe und ein paar Stiefel. Nun petitionieren diese Leute schon so lange; sie möchten auch definitiv angestellt werden. Es kommt nicht einmal vor, daß sie vom Gehalte etwas sagen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn man hier mit der Reorganisation anfängt, man auch ihren Gehalt wird aufbessern müssen. Das Marktamt sollte doch auch der letzte Diener denken; sie haben eine verantwortliche Stelle und müssen Strapazen von 2 Uhr früh bis nachmittags 3, 4, ja sogar 5 Uhr ertragen. Auf einmal können sie das Geld nicht abliefern. Einer muß auf den anderen warten. Ich erlaube mir vorerst an den Herrn Referenten die Anfrage, ob denn von dieser Kategorie der Diener nichts vorliegt, wieweit die Erledigung ihres Gesuches geziehen ist, wo es sich befindet oder wer es hat?

Referent: Das Gesuch scheint noch beim Magistrate zu liegen; im Stadtrathe war es noch nicht. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß der Herr College in einer Zeitung gelesen haben wird, daß die Budget-Commission diese Frage als Antrag an den Magistrat gerichtet hat. Es wird also nunmehr dieser Magistratsbericht jedenfalls in kürzester Zeit erscheinen und wird dann an den Stadtrath gehen.

Gem.-Rath Bärfl (fortfahrend): Man sollte nicht glauben, daß, wenn man an die Schlachtbrückendiener, Oberaufseher, Markthallendiener u. s. w. denkt, man nicht an diese sehr angestregten Diener denkt. Ich erlaube mir diesbezüglich an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen zu richten, daß ehestens auch die letzten und die angestrengtesten Diener, das sind die Markteinsammler, berücksichtigt werden und ehestens dem Gemeinderathe diesbezüglich eine Vorlage erstattet werde.

Gem.-Rath Dr. Daum: Ich wollte nur auf denselben Gegenstand aufmerksam machen, den der Herr Vorredner berührt hat. Der Herr Referent hat erklärt, daß die Budget-Commission diesbezüglich einen Beschluß gefaßt habe.

Es wäre mißlich, wenn diese Kategorie noch ein Jahr warten müßte, umso mehr, als die Mahnboten, die gewiß minder verantwortlich sind, schon jetzt in die Systemisierung einbezogen worden sind. Ich möchte also auch die Bitte stellen, daß dieser Antrag vor den übrigen von der Budget-Commission gestellten erledigt werde.

Vize-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Herrdegen!

Gem.-Rath Herrdegen: So sehr ich mich über die gegenwärtige Vorlage freue, weil sie thatsächlich manchen bestehenden Mängeln abhilft und insbesondere hinsichtlich der Markthallen-

diener eine ganz entsprechende Systemisierung bedeutet, so muß ich doch auf einen Gegenstand aufmerksam machen und vor allem hervorheben, daß die Marktgebühren-Einsammler schon deshalb, möchte ich sagen, vor allem anderen eine Berücksichtigung verdienen, weil durch ihre Hände ein ganz bedeutender Gelbbetrag jährlich geht. Die Marktgebühren, welche auf offenen Märkten eingesammelt werden, betragen zwischen 150.000 und 160.000 fl. Nun ist aber der Revisor, der das ganze Geld in die Hände bekommt, der von den anderen, ich glaube es sind zehn, Marktgebühren-Einsammlern das Geld in Empfang nimmt, ebenso provisorisch, wie die anderen. Nun, dieser Umstand wird ganz besonders dann als eine wesentliche Härte erscheinen, wenn die Markthallendiener definitiv werden, wenn auch dieses sehr wünschenswert ist und ich mit Freuden begrüße. Man kann mit den Marktgebühren-Einsammlern nicht zurückbleiben. Es wird nun allerdings ein gewisses Hindernis sich bemerkbar machen, nämlich das Alter. Es sind viele Marktgebühren-Einsammler, welche schon bei den früheren Pächtern beschäftigt wurden und also sich in vorgeschrittenem Alter befinden. Nun gibt es aber verschiedene Bedienstete, welche aus den neuen Bezirken übernommen wurden, die extra statum geführt werden. Also ich glaube, ein ähnlicher Vorgang dürfte sich auch hinsichtlich dieser Bediensteten einschlagen lassen. Ich würde mich also den vorhergestellten Anträgen anschließen, daß die Angelegenheit aber in der allerdringlichsten Weise behandelt werde, weil sonst das Auslassen dieser einen Kategorie als eine unbegreifliche Härte erscheinen müßte.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Stehlik!

Gem.-Rath Stehlik: Ich habe bei der Budgetdebatte über die Marktgebühren-Einsammler gesprochen, und heute staune ich, daß sie auf der vorliegenden Tabelle nicht verzeichnet sind. Ich kann mich auch nur dem vorliegenden Antrage anschließen, aber ich möchte bitten, wenn man schon die Diener definitiv anstellt, so soll man auch die Marktgebühren-Einsammler definitiv anstellen. Ich stelle jetzt auch wieder den Antrag, daß man die Stellen vermehre. Haben Sie doch ein bißchen Gemüth. Es darf ein Regen kommen, er darf aber kein Wetter scheuen, er darf keine Handschuhe haben, wenn er Geld einsammelt, er muß bei der größten Kälte seine Geschäfte besorgen. Um 1 Uhr nachts muß er im Dienste erscheinen; er wohnt aber nicht dort, sondern weit entfernt; ich weiß, wo die Leute wegen der Billigkeit ihre Wohnungen haben, sie haben ja auch nichts übriges. Diese Leute sind nun nicht definitiv, müssen aber eine Caution leisten.

Wenn der eine krank ist, muß der andere für ihn eintreten. Aber auch der Revisor steht ganz allein da. Er hat allein den Markt zu überwachen, er hat auch mit den Einsammlern bezüglich der Gelder die Verrechnung zu pflegen. Es kann doch jeder Mensch krank werden, denn wie leicht fehlt einem etwas; aber da ist gar kein Substitut vorhanden, weder für den Revisor noch für den Einsammler. Ich bedauere also recht sehr, daß der Herr Referent heute nicht auch schon über die Einsammler referiert hat, es wäre ja doch in einem gegangen und ich hätte ihn nicht noch einmal bitten müssen. Diese Angestellten sind in einer bedrängten Situation, sie sind in keiner roßigen Lage; ich bitte also sehr, daß baldigst über dieselben referiert werde.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Herr Referent zum Schlußworte.

Referent: Ich habe nichts dagegen. Die Anträge, die gestellt sind, werden dem Stadtrath zugewiesen werden und werden möglichst Berücksichtigung finden. Ich will nur das eine bemerken, daß bei den Markthallendienern und auch bei den Markteinsammlern in früherer Zeit und aus früherer Zeit überkommen bis jetzt ein anderer Standpunkt eingehalten wurde, als, ich gestehe es mit Freuden, der Gemeinderath jetzt einnimmt. Früher hat man alle derartigen definitiven Anstellungen womöglich vermieden. Jetzt hat man einen meiner Meinung nach viel richtigeren Grundsatz eingehalten und trachtet, solche definitive Stellen zu schaffen.

Ich glaube, daß die heutige Anregung genügen wird, um den Magistrat zu veranlassen, diesen Bericht, ohne den der Stadtrath selbstverständlich keine Vorlage machen kann, sobald als möglich zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Herren, welche dem Antrage des Stadtrathes zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Nun haben wir zwei Anträge, den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig: „Für die provisorischen Amtsdienner sei ein Betrag von 40 fl. pro Mann einzustellen für Beschaffung einer Amtskleidung.“ Die Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

2. Der Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß (liest): „Ich stelle den Antrag, daß die vom k. k. Steueramte im ehemaligen Bezirke Sechshaus und Meidling übernommenen Mahnboten definitiv angestellt werden.“

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: A. Trennung des Concretual-Status:

1. Der bestehende Concretual-Status der städtischen Diener ist zu trennen und hat deren Vertheilung nach folgender Tabelle zu erfolgen:

A m t	Stand nach der letzten Besetzung			Zusammen	Antrag			Zusammen
	1. Cl.	2. Cl.	3. Cl.		1. Cl.	2. Cl.	3. Cl.	
K a n z l e i. Raths- und Amtsdienner und Rathshausaufseher . .	36	193 1	94	324	40	194	90	324
S c h u l d i e n e r	3	81	36	120	15	75	30	120
Executiontsamt. Mahnboten . . .	—	58	—	58	7	41	10	58
M a r k t a m t. Schlachthaus- Oberaufseher, Aufseher, Marktaufseher, Portiere, Markthallendiener	9	30	3	42	5	34	33	72
Z u s a m m e n	48	363	133	544	67	344	163	574

A m t	Stand nach der letzten Befehung			Zusammen	Antrag			Zusammen
	1. Cl.	2. Cl.	3. Cl.		1. Cl.	2. Cl.	3. Cl.	
Übertrag .	48	363	133	544	67	344	163	574
Asyl- und Werkhaus. Oberaufseher, Aufseher, Wäscheaufseherin	1	13	1	15	1	13	1	15
Museum. Zeugwarte . . .	1	1	—	2	1	1	—	2
Versorgungshäuser. Aufseher	—	3	3	6	—	3	3	6
	50	380	137	567	69	361	167	597

2. Der Titel „Rathsdieners“ wird den Amtsdienern der ersten Bezugsclasse belassen.

B. Systemisierung von 30 Hallendienerstellen:

1. Die Systemisierung von 30 definitiven Hallendienerstellen mit den Bezügen der dritten Diener-Bezugsclasse und deren Einreihung unter die Diener des Marktammtes der dritten Classe wird genehmigt. (In der vorstehenden Tabelle bereits durchgeführt.)

2. Die definitive Anstellung aller jener Markthallendiener, welche bereits fünf Jahre in dieser Eigenschaft in Verwendung stehen und sich als befähigt und geeignet zum Dienste erwiesen haben, vom 1. Jänner 1895 an wird bewilligt und ist in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 6. Juli 1894, Z. 4528, die in provisorischer Eigenschaft zugebrachte Dienstzeit zur Erlangung von Quinquennien in Anrechnung zu bringen.

Die tatsächliche Einreihung erfolgt sohin durch den Stadtrath.

3. Die als Markthallendiener aufgenommenen Individuen haben mindestens durch fünf Jahre provisorisch zu dienen und beziehen in dieser provisorischen Dienststellung einen Tagelohn von 1 fl. 50 kr.

4. Die Markthallendiener werden auch ferner in dem Bezüge der Gebühr von 75 kr. für jede im Dienste verbrachte Nacht belassen.

5. Die Bewerber um eine Markthallendienerstelle haben sich beim Vorstande des Marktammtes einer Prüfung in Bezug auf ihre Fertigkeit im Schreiben und Rechnen zu unterziehen, ihre Befähigung zum Wagedienste infolge Ablegung der Wagemeisterprüfung (Ministerial-Verordnung vom 12. October 1876, R.-G.-Bl. Nr. 126) nachzuweisen und wären vor ihrer Aufnahme hinsichtlich ihrer körperlichen Eignung durch das Stadtphysikat zu untersuchen.

6. Zur Deckung des Mehrerfordernisses per 2302 fl. 50 kr. wird zur Ausg.-Rubr. XXIX „Markthallen“ der entsprechende Zuschußcredit bewilligt.

20. Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wir haben auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die Wahl der Mitglieder der Commission zur Bemessung der Militärtaxe. Ich bitte um den Namensaufruf. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten abends.)

Stadtrath.

B e r i c h t

über die Stadtraths-Sitzung vom 19. März 1895.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller,
Boschan, Dr. Rechansky,
v. Böck, v. Neumann,
Dr. Hackenberg, Rückauf,
Dr. Huber, Schlechter,
Dr. Klogberg, Schneiderhan,
Kreindl, Stiaßny,
Dr. Lederer, Baugoin,
Dr. Lueger, Dr. Vogler,
Matthies, Wiggelsberger,
Mayer, Wurm.

Bürgermeister Dr. Gröbl.

Experte: Magistrats-Secretär Pössl.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung. (1841.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Ansuchen der

VI. Section (Pferdezucht) der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien um Gewährung eines Ehrenpreises und einer Subvention anlässlich der Jubiläums-Ausstellung im Mai 1895 und beantragt die Gewährung eines Ehrenpreises von 50 Ducaten, ferner die Bewilligung einer Subvention von 300 fl.

Es wird die Widmung von 50 Ducaten behufs Verwendung zu Ehrenpreisen mit der Bezeichnung „Ehrenpreis der Stadt Wien“ genehmigt.

Der Referenten-Antrag puncto Subvention wird abgelehnt.

(1864.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Hermine Schachhuber, Küchengeräthschaftenhändlerin im XV. Bezirke, Mariahilfsgürtel 39, um Platzinsrückvergütung für einen Schaufenster und beantragt, der Genannten in Anbetracht ihrer constatirten Mittellosigkeit den Platzins für den fraglichen Schaufenster, welcher bloß vom März bis Ende Juni 1894 ausgestellt wurde, auf 1 fl. 10 kr. zu ermäßigen und den Überschuss von dem bereits eingezahlten ganzjährigen Platzins per 3 fl. 10 kr., das ist 2 fl. ö. W. rückzuerstatten.

(Angenommen.)

(1865.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Fiaker-Licenzgebühren

nach Leopold Puz per 100 fl. 90½ kr.
und dessen Nachfolgerin Marie Salzmänn per 45 fl. 75 kr.

zusammen . 146 fl. 47½ kr.

und beantragt die Abschreibung nach dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den V. Bezirk. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(1898.) Nouak Julius, Buchbinder und Hausbesitzer;
 Marešch Franz, Goldarbeiter und Hausbesitzer;
 Schmitz Johann, Drehorgel-Verleiher und Hausbesitzer;
 Claufenburger Friedrich, Uhrmacher und Hausbesitzer;
 (1899.) Engel Matthias, Fleischhauer und Hausbesitzer;
 Kalons Anton, Fragner und Hausbesitzer;
 Danbrawa Ludwig, Einspänner und Hausbesitzer;
 Melzer Johann, Pflasterer und Hausbesitzer, und
 Bytek Josef, Tabakfabrikant und Zeitungs-Verschleißer.

(Angenommen.)

(1964.) **St.-R. Stiahy** referiert über das Project für den Umbau des Haupt-Abwasserkanals vor Dr.-Nr. 1 Pfeffergasse durch die Laborstraße bis zur Konradgasse im II. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem bedeckten Kostenbetrage von 3203 fl. 34 kr. und die Bewilligung des Zehrungsbeitrages für den Inspicienten nach dem provisorischen Normale.

Die Einmündung der aus Anlaß dieses Canalumbaus einzubauenden Hauscanalanstöße wäre im Hinblick auf die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 11. Juli 1894, Nr. 2243, auf Kosten der Gemeinde Wien zu bewerkstelligen. (Angenommen.)

(1965.) **Derselbe** referiert über das Project für den Neubau eines Haupt-Abwasserkanals in der Knollgasse, X. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem veranschlagten (bedeckten) Kostenfordernisse von 17.984 fl. 44 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den Zehrungsbeitrag nach dem provisorischen Normale zu bewilligen. (Angenommen.)

(1963.) **Derselbe** referiert über das Project für den Canalbau in der Tabengasse, XIV. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem bedeckten Kostenfordernisse von 4813 fl. 18 kr. zu genehmigen und für den Inspicienten den Zehrungsbeitrag nach dem provisorischen Normale zu bewilligen. (Angenommen.)

(1956.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Spilka um Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaus des Hauses III., Sechskrügelgasse 10, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund per 41.37 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 22 fl. per Quadratmeter, sohin mit 910 fl. 14 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(7353.) **Derselbe** referiert über das Comité-Verhandlungsergebnis, betreffend das Ansuchen der Theresia Grasshofer um Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaus des Hauses III., Erdbergstraße 126, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund per 31.694 m² und beantragt, die Entschädigung mit dem Pauschalbetrage von 300 fl. zu bestimmen. (Angenommen.)

(2033.) **St.-R. Schlechter** referiert über das neuerliche Offert des Max Reiner auf käufliche Überlassung des nach Demolierung des städtischen Hauses Nr. 7 Theobaldgasse im VI. Bezirke verbleibenden Baugrundes Einl.-Z. 1013 und beantragt die Einsetzung eines stadträthlichen Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

(Gewählt werden die St.-R. Schlechter, Baugoin und Ritt. v. Neumann.)

(2006.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren von sieben Parteien aus dem V. Bezirke und beantragt in sämtlichen Fällen die Reducierung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(2039.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des L. Kerber'schen Granitwerkes Büchlberg um Übernahme überzählig gelieferter Pflastersteine und beantragt, den Anlauf

a) von 954 Stück guten 7/7" Würfeln zum Preise von 300 fl. pro Mille;

b) von 1301½ Stück 7/7" Ausschufswürfeln zum Preise von 260 fl. pro Mille;

c) von 5757½ Stück 5/7/7" Ausschufsbrechsteine zum Preise von 168 fl. pro Mille — zusammen im (bedeckten) Betrage per 1568 fl. 82 kr. — zu genehmigen. (Angenommen.)

(1953.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereie-Erlass vom 7. März 1895, Z. 20673, betreffend die vom k. k. Ackerbauministerium dem Weinbauvereine im XVII. Bezirke bewilligte Subvention von 250 fl., und beantragt die Kenntnisaufnahme. (Angenommen.)

(1886.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Weinbauvereines in Grinzing um unentgeltliche Überlassung des Düngers aus dem Rufsborfer Schlachthause für die amerikanische Rebschule in Grinzing und beantragt die widerrufsweise Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen. (Angenommen.)

(2001.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Commissionsgebühr per 2 fl. 10 kr. nach Anton Aschinger, im V. Bezirke wohnhaft gewesen, und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Hundesteuern, beziehungsweise -Strafen:

(1967.) im Betrage von 32 fl. nach sechs Parteien im XV. Bezirke (uneinbringlich);

(1970.) im Betrage von 8 fl. nach Franz Böhm im XII. Bezirke (uneinbringlich);

(2000.) im Betrage von 20 fl. nach drei Parteien im V. Bezirke (uneinbringlich);

(2004.) im Betrage von 18 fl. nach fünf Parteien im V. Bezirke (Nachsichtgesuche) und

(2005.) im Betrage von 24 fl. nach vier Parteien im V. Bezirke und beantragt die Abschreibung, beziehungsweise Nachsicht im Sinne der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(2130.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Leopold Fuchs um Baubewilligung IX., Senfengasse Conscr.-Nr. 1111, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses und die Überlassung des zur Thorportalanlage mit einem Vorprunne von 0.20 m und einer Länge von 4.70 m erforderlichen Grundes per 2.407 m² um den Betrag von 70 fl. per Quadratmeter, sohin um den Gesamtbetrag von 601 fl. 9 kr.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(6574.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Wimberger um käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 1306/1, Einl.-Z. 430, VII. Bezirk, und beantragt:

Dem Karl Wimberger wird der in der Skizze mit b l p b bezeichnete Theil der Linienwallparcelle 1306/1, Einl.-Z. 430, VII. Bezirk, im Ausmaße von 2.52 m² um den Pauschalbetrag von 925 fl. und unter folgenden weiteren Bedingungen käuflich überlassen:

1. Karl Wimberger erklärt sich bereit, den von der ihm gehörigen Realität Einl.-Z. 698, XV. Bezirk, zur Kenyongasse fallenden Theil Fig. a q b a im Ausmaße von circa 3.30 m² lastenfrei, im richtigen Niveau und ohne weitere Entschädigung abzutreten.

2. Dagegen hat die Gemeinde Wien den mit den Buchstaben r q b p s r bezeichneten Theil der Linienwallparcelle 1306/1, Einl.-

B. 430, im Ausmaße von circa 82.41 m² als Straßengrund grundbüchlerlich abzuschreiben.

3. Die Herstellung des richtigen Niveaus des sub 2 erwähnten Straßentheiles obliegt dem Gefuchsteller.

4. Die Vertragskosten und Übertragungsgebühren werde von dem Gefuchsteller übernommen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1824.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem VIII. Bezirke und beantragt die Gefuchsgewährung für:

Graf Veronika, Tischlermeisters-Witwe;

König Emanuel, Schneidergehilfe;

Filip Anna, Bedienerin;

Kotter Agnes, geb. Dangel, Hausbesorgerin,

Kotter Leonhard, m. Stiefsohn der letzteren (unter gnadenweiser Nachsicht der Gefuchstage);

Chalupka Karl, Hausbesorger;

Altenbacher Johann, Hausbesorger;

Großberger Johann, Schlossermeister;

Pfeifer Francisca, Verkäuferin;

Salinger Karl, Gastwirt;

Hochhauser Karl, Comptoirist;

Schall Elias, Handelsgehilfe;

Krobath Matthias, Kaufmann, und

Kuretsch Johann, Schneidergehilfe. (Angenommen.)

(1836.) **St.-R. Dr. v. Bissing** referiert über das Ansuchen der Theresie Czipser, Amtsbieners-Witwe, um Anweisung der Witwenpension und beantragt die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 325 fl. vom 1. März 1895 an unter gleichzeitiger Einstellung der Activitätsbezüge des verstorbenen Gatten. (Angenommen.)

(1837.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen Rathsbieners Johann Oswald um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt, die Versetzung des Genannten in den bleibenden Ruhestand zu genehmigen und den Ruhegehalt im Sinne des Magistrats-Antrages mit 80 Percent des letzten Activitätsgehaltes, d. i. mit 560 fl., vom 1. des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monats an und mit der Hälfte des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, d. i. mit 105 fl. vom 1. August 1895, zusammen daher mit 665 fl. zu bemessen. (Angenommen.)

(1828.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Straßenaufsehers Leopold Schumack um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt, den Genannten mit Rücksicht auf das Gutachten des Stadtphysikates in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und ihm eine jährliche Pension von 360 fl. vom ersten Tage nach Einstellung des Activitätsgehaltes anzuweisen. (Angenommen.)

(1870.) **Derselbe** referiert über die Veräußerung von Effecten des verstorbenen Karl Surböck behufs Hereinbringung der Beerdigungskosten nach demselben und beantragt, zu genehmigen, daß der Kaufpreis per 1 fl. für Rechnung der Beerdigungskosten verrechnet werde und der restierende Beerdigungskostenbetrag von 4 fl., sowie der für einen Stempel ausgelegte Betrag per 7 kr., sowie die Transportkosten per 20 kr. aus dem Titel der Uneinbringlichkeit abgeschrieben werden dürfen. (Angenommen.)

(1930.) **Derselbe** referiert über die Renovierung der Fagaden des sogenannten Dirndlhofes in Kaiser-Ebersdorf und der beiden auf der Dirndlhof-Realität befindlichen kleinen Gartenhäuser und beantragt, die Renovierung dieser Fagaden nach dem Kostenaufschlage des Stadt-

bauamtes mit dem bedeckten Betrage von 1581 fl. 24 kr. und die sofortige Ausführung derselben (unter einem mit den im Innern der genannten Baulichkeiten vorzunehmenden Adaptierungen) zu genehmigen.

(1919.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Commissionsgebühren per 16 fl. 80 kr. nach dem im XII. Bezirke wohnhaft gewesenen Zenon Zymansky und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(1904.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Stadtbauamtes um Bewilligung zur Weiterverwendung der mit Genehmigung des Stadtrathes vom 16. August 1894, B. 6476, zum Zwecke der Auffertigung von Ausweisen über die Kabelleitungen der drei in Wien bestehenden Electricitäts-Gesellschaften aufgenommenen Schreibkraft bis Ende 1895 und beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens. Die hiedurch erwachsenden Kosten per 397 fl. 60 kr. sind auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen.)

(1947.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Terrainregulierungs- und Baumeisterarbeiten für die Erweiterung des Hütteldorfer Friedhofes im Kostenbetrage von 6708 fl. 1 kr. und beantragt, das Offert des Stadtbauamtes Georg Löwitsch mit einer Aufzahlung von 13 Percent zu genehmigen und demselben die Verwendung des bei der Erbauung gewonnenen qualitätsmäßigen Schotter bei der Wegherstellung zu gestatten.

(Angenommen.)

(1826.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Baumgarten, k. u. k. Lieutenants des Infanterie-Regimentes Nr. 69, IV., Schwindgasse 1, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gefuchsgewährung.

(Angenommen.)

(10388.) **Derselbe** referiert über den Gemeinderaths-Beschluß vom 8. d. M., betreffend das Ansuchen der Feuermannswitwe Anna Speil, um Gnadengabe, respective Abfertigung, und beantragt die Bewilligung einer Gnadengabe von 120 fl. auf drei Jahre, eventuell bis zu einer anderweitigen Versorgung.

St.-R. Boschan beantragt 180 fl.

Referent accommodiert sich.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8378.) **St.-R. Wihelsberger** referiert über die Wiederbesetzung der durch die Pensionierung des Schlachtrücken-Oberaufsehers Josef Reichel erledigten Stelle in der I., beziehungsweise II. und III. Bezugsclasse und beantragt, mit Rücksicht auf den Stadtraths-Beschluß vom 13. März 1895, wonach die für die Schlachtrücken-Aufseher systemisirten Stellen in der I. Bezugsclasse nach Maßgabe des Abganges von neun auf fünf zu reducieren sind, von einer Besetzung des Postens in der I. Bezugsclasse abzusehen und sohin

1. die Dienerstelle in der II. Bezugsclasse (Brückenaufseherstelle) dem Nachtwächter Leopold Samböck und

2. die dadurch erledigte Dienerstelle in der III. Bezugsclasse (Nachtwächterstelle) dem provisorischen Hausdiener Julius Janesky zu verleihen.

(Angenommen.)

(1842.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Pressburg um käufliche Überlassung eines ausgerangierten Vorderwagens einer Schubleiter und beantragt, den Verkauf um 80 fl. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(1893.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Taxe per 2 fl. 13 kr. nach Karl Raab im XV. Bezirke und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(1914.) **St.-R. Matthies** referiert über den Magistrats-Antrag wegen Adaptierung und Renovierung des städtischen Hauses

im XI. Bezirke, Reichelstraße 21 (ehemaliges Laboratorium), und beantragt: Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die fragliche Realität in dem Rahon der zu erbauenden städtischen Gasanstalt liegt, wird der Bezirksvorsteher ersucht, einen anderen Platz zur Errichtung eines Materialdepots vorzuschlagen. (Angenommen.)

(1958.) **Derselbe** referiert über das Project für die Pflasterung der Jacquingasse im III. Bezirke von der Pettenkofengasse bis zum Hause Nr. 39 und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem Kostenverfordernisse von 20.650 fl. 36 kr. und des normalmäßigen Zehrungsbeitrages per 1 fl. pro Tag für den Bauinspicienten. (Angenommen.)

(1959.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung eines Theiles der Fahrbahn in der Sonnwendgasse (vor der Gasanstalt), X. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem Kostenverfordernisse von 15.101 fl. 84 kr. und die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 2 fl. täglich für den Inspicienten. (Angenommen.)

(1960.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung der Regierungsgasse im I. Bezirke und beantragt die Herstellung eines Asphaltpflasters in der Fahrbahn und sohin die Genehmigung des diesbezüglichen Projectes mit dem Gesamtverfordernisse von 6474 fl. 48 kr., sowie die Genehmigung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 1 fl. pro Tag für den Bauinspicienten.

St.-R. Wurm beantragt die Herstellung eines Metallpflasters. Referent accommodiert sich. (Angenommen.)

(1961.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung der Landhausgasse, I. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Projectes für die Pflasterung der Fahrbahn mit Asphalt comprimé mit dem Gesamtkostenverfordernisse von 6337 fl. 50 kr., sowie die Bewilligung des normalmäßigen Zehrungsbeitrages von 1 fl. täglich für den Bauinspicienten.

St.-R. Boschan beantragt, daß es bei den beiden Pflasterungen im I. Bezirke, Regierungsgasse und Landhausgasse, von einem Zehrungsbeitrag für den Inspicienten sein Abkommen zu finden habe.

St.-R. Dr. v. Billig beantragt die Bestellung nur eines Inspicienten für beide Pflasterungen, welch letztere sonach gleichzeitig vorzunehmen wären.

Antrag Dr. v. Billig abgelehnt.

Referenten-Antrag in beiden Punkten angenommen.

(Vice-Bürgermeister Wagenauer übernimmt den Vorsitz.)

(2042.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand und der Marie Pusck um Consens zur Herstellung eines Hoftractes auf der Realität III. Bezirk, Hauptstraße 51, und beantragt, der Vorstellung des Gesuchstellers gegen den Stadtraths-Beschluß vom 7. d. M., Z. 1677, betreffend die Verpflichtung zum Umbau des vorderen Theiles der Realität für den Fall der Eröffnung der Czapfagasse, Folge zu geben. (Angenommen.)

(2047.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Sicherstellungskosten per 3 fl. 60 kr. für die Effecten der Marie Reif im III. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2022.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Erlaß der k. k. n.-b. Statthalterei vom 9. Februar 1895, Z. 14329, womit der Magistrat als politische Behörde zur Antragstellung über die für einzelne Productionsgewerbe und den Handelsbetrieb nach Anhörung der Gemeinde Wien und der theilhabenden Gewerbegeoffenschaften zu bestimmenden Ausnahmen von der Vorschrift der Sonntagsruhe aufgefordert wird, und beantragt:

I. Als Gewerbe, bei denen der Betrieb an Sonntagen im Hinblick auf die täglichen oder an Sonntagen besonders hervortretenden Bedürfnisse erforderlich ist, sind zu bezeichnen:

1. Das Bäckergerwerbe, bei welchem die Erzeugung bis 10 Uhr vormittags und von 10 Uhr abends an, der Verschleiß jedoch ohne jede zeitliche Beschränkung zu gestatten wäre.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den Verschleiß nur bis 12 Uhr mittags zu gestatten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, daß überhaupt eine Beschränkung im Verschleiß in einem später festzustellenden Maße eintreten solle.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Vertagung des Referates behufs Vorlage einer lithographierten Zusammenstellung der verschiedenen Gewerbe und der Anträge, die bei demselben vom Referenten, beziehungsweise vom Magistrate gestellt werden.

Letzterer Antrag, sowie die eine Einschränkung des Verschleißes zum Gegenstande habenden Anträge Dr. Lederer und Dr. Lueger werden abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

2. Das Zucker-(Kuchen-, Mandoletti-)bäcker- und das Lebzeltergerwerbe; beim Zuckerbäckergerwerbe wäre die Erzeugung und der Verschleiß, beim Lebzeltergerwerbe der Verschleiß ohne jede zeitliche Beschränkung zu gestatten. (Angenommen.)

3. Das Fleischhauergewerbe, bei welchem die Sonntagsarbeit bis 10 Uhr vormittags und Montag früh von 4 Uhr an zu gestatten wäre. In der so zu gestattenden Arbeit soll das Schlachten von Thieren nicht inbegriffen sein.

St.-R. Schlechter beantragt die Ausdehnung der Arbeitszeit an Sonntag-Vormittagen von 10 Uhr auf 11 Uhr. (Abgelehnt.)

Referenten-Antrag (10 Uhr) angenommen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, den Beginn der Montagsarbeit mit 3 Uhr festzusetzen.

Über Antrag Schlechter wird die Debatte über die Arbeitszeit an Sonntag-Vormittagen wieder aufgenommen.

St.-R. Schlechter beantragt, im Sinne des Vorschlages des Gehilfenausschusses das Offenhalten der Geschäftslocale behufs Vornahme des Reinigens und Aufräumens durch eine weitere Stunde, das ist bis 11 Uhr vormittags zu gestatten.

Referent erklärt sich einverstanden. (Angenommen.)

Bezüglich der Montagsarbeit wird der Antrag Dr. Huber (3 Uhr früh) angenommen.

4. Das Gewerbe der Fleischseller und Wursterzeuger, bei welchem die Erzeugung (mit Ausschluß der Thierschlachtung) an Sonntagen bis 10 Uhr vormittags und Montag früh (jedoch ohne die bezeichnete Beschränkung) von 3 Uhr an, der Verschleiß an Sonntagen von 7 bis 11 Uhr vormittags und 7 bis 10 Uhr abends zu gestatten wäre.

St.-R. Dr. Klobberg beantragt, das Verkaufrecht schon um 6 Uhr früh beginnen zu lassen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, den Sonntags-Verschleiß von 6 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 10 Uhr abends zu gestatten.

Bei der Abstimmung wird

a) bezüglich des vormittägigen Verschleißes der Antrag Dr. Huber (6 bis 12 Uhr) abgelehnt, der Antrag Dr. Klobberg (6 bis 11 Uhr) angenommen;

b) bezüglich des nachmittägigen Verschleißes der Antrag Dr. Huber (6 bis 10 Uhr) angenommen.

Hinsichtlich der Erzeugung erscheint der Referenten-Antrag als zum Beschluß erhoben.

5. Der Wildbrethandel, bei welchem die Sonntagsarbeit bei der Ausschrotung und dem Verschleisse bis 10 Uhr vormittags und bei der Ausschrotung noch ausserdem Montag früh von 3 Uhr an zu gestatten wäre. Ferner ist an Sonntag-Vormittagen behufs Vornahme der Reinigung zc. gleichwie beim Fleischhauergewerbe das Offenhalten des Geschäftslocales bis 11 Uhr vormittags zu gestatten. Das Abholen des Wildbretes von den Jagdplätzen ist während des Sonntags ohne Beschränkung zu gestatten. (Angenommen.)

6. Die Gewerbe der Friseure, Raseure und Perückenmacher; bei diesen wäre die Sonntagsarbeit bis 2 Uhr nachmittags und von da an nur für Bestellungen ausser Hause zu gestatten.

St.-R. Dr. Huber beantragt, die Sonntagsarbeit bei diesen Genannten wie bisher ohne Einschränkung zu gestatten.

Letzterer Antrag wird mit 10 gegen 10 Stimmen durch Divi-mierung des Vorsitzenden, Vice-Bürgermeisters Magenauer zum Beschlusse erhoben.

Das Referat wird hierauf abgebrochen.

(Schluss der Sitzung.)

Be-r-i-cht

über die Stadtraths-Sitzung vom 20. März 1895.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Magenauer.

Anwesende: Dr. v. Billig, Müller,
Boschan, Dr. Rechansky,
v. Gök, v. Neumann,
Dr. Hadenberg, Rüdkauf,
Dr. Huber, Schlechter,
Dr. Klossberg, Schneiderhan,
Kreindl, Stiaßny,
Dr. Federer, Baugoin,
Dr. Lueger, Dr. Vogler,
Matthies, Wigelsberger,
Mayer, Wurm.

Bürgermeister Dr. Gröbl.

Experten: Magistratsrath Wopalensky.

Magistrats-Secretär Posselt.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Magenauer eröffnet die Sitzung.

(2136, 2146, 2145.) St.-R. Dr. v. Billig referiert über die Recurse des Rudolf Markbreiter aus dem IV. Bezirke, des Johann Pfister aus dem XI. Bezirke, des Karl B. Ehl aus dem XVI. Bezirke wegen verweigerter Aufnahme in den zweiten Wahlkörper des betreffenden Bezirkes und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(2149, 2144, 2143, 2139.) Derselbe referiert über den Recurs des Johann Schneider, Karl Töpsl, Franz Knapp, Bartholomäus Lechner gegen die verweigerter Aufnahme in den dritten Wahlkörper des XI. Bezirkes und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

(Angenommen.)

(2137.) Derselbe referiert über den Recurs des Eduard Traubauer wegen verweigerter Aufnahme in den dritten Wahlkörper des X. Bezirkes und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2131.) Derselbe referiert über den Recurs des Isidor Müller, betreffend die verweigerter Eintragung der im Status des k. k. Wiener allgemeinen Krankenhauses befindlichen Ärzte in die Wählerlisten des

IX. Bezirkes und beantragt, den Act an den Magistrat zurückzuleiten zur unverzügerten Einleitung der nöthigen Erhebungen bezüglich jener Personen, welche im Recurse angegeben sind.

St.-R. Dr. Klossberg beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

St.-R. Schlechter beantragt, sofort binnen 24 Stunden festzustellen, ob diejenigen Personen, bezüglich welcher recurriert wurde, das active Wahlrecht besitzen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei sofort ein Beamter in das allgemeine Krankenhaus zu entsenden, welcher bei der Direction desselben diejenigen Momente erheben solle, welche die Grundlage des Wahlrechtes derjenigen Personen, bezüglich welcher recurriert wurde, bilden. Weiters seien die letzteren aufzufordern, die für das Wahlrecht entscheidenden Documente vorzulegen.

St.-R. Schlechter beantragt, dem Recurse insofern Folge zu geben, als innerhalb der noch laufenden Frist der Nachweis der formellen Wahlberechtigung erbracht, beziehungsweise festgestellt wird.

Der erste Theil des Antrages des St.-R. Dr. Lueger wird angenommen.

(2134.) Derselbe referiert über den Recurs des Andreas Karolus wegen verweigerter Eintragung in die Gemeinderaths-Wählerliste des X. Bezirkes, zweiter Wahlkörper, und beantragt, dem Recurse stattzugeben. (Angenommen.)

(2132.) St.-R. Dr. Huber referiert über den Recurs der Beamten der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich wegen Nichteinreihung in den zweiten Wahlkörper der Gemeinderaths-Wählerlisten und beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Antrag des St.-R. Dr. Lueger abgelehnt.

(2135, 2133, 2140.) Derselbe referiert über den Recurs des Emanuel Trika aus dem XVII. Bezirke, Bernhard Rappaport aus dem II. Bezirke und Franz Rießwetter aus dem XVII. Bezirke gegen die verweigerter Aufnahme in die Gemeinderaths-Wählerlisten der betreffenden Bezirke, für ersteren in den zweiten, für die zwei letzteren in den dritten Wahlkörper, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Rechansky referiert über Recurse wegen verweigerter Einreihung in die Gemeinderaths-Wählerlisten, und zwar:

(2147.) Des Karl Heim bezüglich des zweiten Wahlkörpers im VIII. Bezirke.

Referent beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Stattgebung.

Antrag des St.-R. Dr. Lueger abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(2141.) Des Karl Knapp bezüglich des zweiten Wahlkörpers im VIII. Bezirke.

Referenten-Antrag auf Stattgebung angenommen.

(2142.) Des Ignaz Stenzl bezüglich des zweiten Wahlkörpers im V. Bezirke.

Referenten-Antrag auf Abweisung angenommen.

(2020.) Des Eduard Hauke bezüglich des zweiten Wahlkörpers im X. Bezirke.

Referenten-Antrag auf Abweisung angenommen.

(2148.) Des Dr. Adolf Nasp bezüglich des zweiten Wahlkörpers im IX. Bezirke.

Referent beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Stattgebung.

Antrag Dr. Lueger angenommen.

(2138.) Des Jakob Taiteles bezüglich des I. Bezirkes.

Referent beantragt, dem Recurse stattzugeben und ist Reclamant aus der Wählerliste für den IX. Bezirk, erster Wahlkörper, in die Wählerliste des I. Bezirkes zu übertragen.

Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, der Herr Bürgermeister wird ersucht, bei künftigen Wahlen zwischen dem Auflegen der Wählerliste und dem Wahltag eine sechswöchentliche Frist eintreten zu lassen.

(Angenommen.)

(2022.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die für den Handelsbetrieb zu bestimmenden Ausnahmen von der Vorschrift der Sonntagsruhe. (Fortsetzung der Verathung.)

Referent beantragt:

A. Handelsgewerbe überhaupt.

Der Betrieb der Handelsgewerbe überhaupt (mit Ausschluss des Lebensmittelhandels) und der den Productionsgewerben zustehende Verkauf ihrer Waren ist an Sonntagen vormittags von 6 bis 12 Uhr mittags zu gestatten.

In der Weihnachtszeit, und zwar an allen Sonntagen des Monats December (vom 6. December an) und am Neujahrstage, wenn derselbe auf einen Sonntag fällt, ferner am Palmsonntage, am Pfingstsonntage und dem darauffolgenden Sonntage ist der Verkauf von 4 bis 8 Uhr abends zu gestatten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Begünstigung bezüglich der Weihnachtszeit auf die zwei den Weihnachtsfeiertagen vorausgehenden Sonntage zu beschränken.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt zu eliminieren: „Palmsonntag, Pfingstsonntag und den darauffolgenden Sonntag“.

St.-R. Schlechter beantragt statt: „der Betrieb der Handelsgewerbe“ zu setzen: „der Verkauf von Waren im Handelsgewerbe“ und am Schlusse des Alinea 2 nach dem Worte Verkauf einzuschalten das Wort „auch“.

St.-R. v. Neumann beantragt im ersten Absätze einzuschalten: „mit Ausnahme des Ostersonntages“.

Der Abänderungs-Antrag des **St.-R. Schlechter** angenommen.

Bezüglich der zulässigen Zeit wird beschlossen: 6 bis 10, die übrigen gestellten Anträge: 7 bis 1 und 6 bis 12 abgelehnt.

Nach der Formulierung des **St.-R. Dr. Lederer** wird ein neues Alinea 2 in folgender Fassung beschlossen: „Am Ostersonntage ist jeder Verkauf überhaupt untersagt.“

2. Absatz. In der Weihnachtszeit vom 6. December an.

(Angenommen.)

Am Neujahrstage abgelehnt. (8 Stimmen dafür.)

Am Palmsonntage abgelehnt.

Am Pfingstsonntage abgelehnt.

Der darauffolgende Sonntag abgelehnt.

St.-R. Baugoin beantragt Wiederaufnahme der Debatte.

(Angenommen.)

Referent modificiert seinen Antrag folgendermaßen:

In der Weihnachtszeit, und zwar an allen Sonntagen des Monats December vom 6. December an ist der Verkauf vormittags von 6 bis 12 und von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends zu gestatten.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

Der Beschluss lautet daher:

Der Verkauf von Waren im Handelsgewerbe überhaupt (mit Ausschluss des Lebensmittelhandels) und der den Productionsgewerben

zustehende Verkauf ihrer Waren ist an Sonntagen vormittags von 6 bis 10 Uhr mittags zu gestatten.

Am Ostersonntage ist jedoch der Verkauf überhaupt untersagt.

In der Weihnachtszeit, und zwar an allen Sonntagen des Monats December (vom 6. December an) ist der Verkauf vormittags von 6 bis 12 und von 4 bis 8 Uhr abends zu gestatten.

Referent beantragt:

B. Betrieb des Trödlers- und Pfandleihergewerbes
Der Betrieb dieser Gewerbe ist an Sonntagen vormittags von 6 bis 12 Uhr zu gestatten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Pfandleiher haben Sonntag geschlossen zu halten, eventuell sei ihnen nur das Offenhalten zum Auslösen der Pfänder zu gestatten.

St.-R. Dr. Lederer beantragt von 6 bis 10 Uhr.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt von 8 bis 12 Uhr.

Der Antrag des **St.-R. Dr. Lueger**: nur das Auslösen der Pfänder zu gestatten, wird abgelehnt und beschlossen, für das Pfandleihergewerbe den Betrieb des Pfandleihergewerbes von 8 bis 12 Uhr vormittags, für das Trödlergewerbe von 6 bis 10 Uhr zu gestatten.

(Ad 2131.) **Magistratsrath Wopalsensky** referiert über die von ihm im allgemeinen Krankenhause bezüglich des Recurses des im Status der Ärzte dieser Anstalt gepflogenen Erhebungen. Stadtraths-Referent **Dr. v. Billing** beantragt, die im Referate namentlich bezeichneten 55 Ärzte, deren Wahlberechtigung amtlich erhoben wurde, in den II. Wahlkörper ihrer Wohnbezirke einzuteilen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, der Recurs bezüglich der übrigen 46 Ärzte wird zurückgewiesen wegen Mangel des Nachweises ihrer Wahlberechtigung und wegen der Unmöglichkeit, denselben wegen der Kürze der Zeit festzustellen.

Der Referent **St.-R. Dr. v. Billing** accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen mit dem Zusatz: Der Magistrat wird beauftragt, bezüglich der 46 Ärzte die erforderlichen Erhebungen zu pflegen und eventuell den Wahleataster richtigzustellen.

Das Referat des **St.-R. Dr. Vogler** bezüglich der Sonntagsruhe wird fortgesetzt.

Referent beantragt:

C. Lebensmittelhandel.

Bei diesem Gewerbe wäre der Verkauf 1. in den Bezirken I bis XI, XIV, XV vormittags von 7 bis 11 Uhr, abends von 7 bis 9 Uhr;

2. in den Bezirken XII, XIII, XVI, XVII, XVIII und XIX, ferner im k. k. Prater vormittags von 7 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 8 Uhr abends zu gestatten.

St.-R. Witzelsberger beantragt ad 1 den Verkauf bis 1 Uhr mittags und von 7 bis 10 Uhr abends.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, aus dem I. Theile des Antrages die Bezirke X und XI auszuschneiden und im II. Theile zu setzen.

St.-R. Rückauf beantragt, die Bezirke X bis XIX aus dem Punkte 1 des Referenten-Antrages auszuschneiden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt von 8 bis 10 Uhr abends.

St.-R. Schlechter beantragt die Zeit von 6 bis 11 und von 6 bis 10 Uhr.

Der Antrag des **St.-R. Schlechter** wird abgelehnt.

Antrag **Rückauf** angenommen, desgleichen die Zeit von 7 bis 11 und 8 bis 10 Uhr abends des Punktes 1, Punkt 2 des Referenten-Antrages angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Gemeinderathswahlen.

Ergebnis der am 1. April 1895 vom zweiten Wahlkörper vorgenommenen Wahlen (Functionsdauer bis 1901).

Bezirk	Zahl der zu wählenden Gemeinderäthe	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
I.	7	Daum Adolf, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Plankengasse 3	1720	1315
		Richter Albert, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Goldschmiedgasse 12		1275
		Stummer Ritt. v. Traunsfels Rudolf, k. k. Baurath, I. Hegelgasse		1267
		Rehansky August, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Stoß-im-Himmel 3		1261
		Friedjung Heinrich, Dr. Ph., IX., Harmoniegasse 4		1256
		Lang Ludwig, Fabrikbesitzer, I., Gonzagagasse 21		1209
		Rittler Alfred, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, I., Kolowratring 9		1206
II.	4	Lersch Alexander, Dr. Med., II., Karmelitergasse 12	1792	1129
		Müller Karl Johann, Hausbesitzer, II., Circusgasse 35		1120
		Mayer Karl Moriz, Hausbesitzer, II., Negerlegasse 10		1110
		Helbig Karl, Sodawasser-Fabrikant, II., Ferdinandsstraße 31		1082
III.	3	Kreisel Franz, Buchdruckereibesitzer, III., Linke Bahngasse 5	2280	1197
		Oberzeller Rudolf, Thierarzt, III., Löwengasse 43		1170
IV.	3	Sackenber Ferdinand, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, IV., Schleifmühlgasse 8	1480	807
		Schrendl Johann, n.-ö. Landes-Rechnungsrath, IV., Mühlgasse 26		778
		Scholz Josef, Dr., prakt. Arzt, IV., Waaggasse 1		745
V.	2	Hallmann Karl, Trödler und Hausbesitzer, V., Hundsturmmerstraße 94	769	400
		Sturm Gregor, Erpeditör der Südbahn i. P., V., Bacherplatz 5		383
VI.	2	Pommer Josef, Dr., k. k. Gymnasial-Professor, VI., Magdalenastraße 26	884	464
VII.	3	Gruber Michael, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, VII., Schottenfeldgasse 75 A	1235	653
		Manner Lorenz, städt. Bürgereschullehrer, XVI., Lerchenfeldberggürtel 24		638
VIII.	2	Höcklinger Max, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, VIII., Josefsplatz 1	1096	564
		Schleifinger Josef, k. k. Professor, VIII., Buchfeldgasse 19		566

Bezirk	Zahl der zu wählenden Gemeinderäthe	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
IX.	3	Gruber Max, Dr., k. k. Obersanitätsrath und Professor, XIX., Hasenauerstraße 34	1385	1292
		Kloßberg Emerich, Dr., prakt. Arzt, IX., Alferbachstraße 17		711
X.	2	Pollak Eduard, Oberlehrer, X., Himbergerstraße 30	455	229
XI.	1	Seidler Wilhelm, Dr., prakt. Arzt und Hausbesitzer, XI., Hauptstraße 145	174	99
XIII.	1	Göh Raimund, v., Gaswerks- und Hausbesitzer, XIII., Baumgartenstraße 58	726	389
XIV.	2	Höfner Georg, Bäcker und Hausbesitzer, XIV., Sechshausergürtel 5	387	204
		Schwarzmayr Ludwig, Bierhändler und Hausbesitzer, XIV., Ruftengasse 4		194
XV.	2	Tomaneck Paul, Volksschullehrer, XV., Sperrgasse 16	448	243
		Schreiner Karl, Biergärtner und Hausbesitzer, XV., Schönbrunnerstraße 19		233
XVI.	2	Wigl Josef, Bürgereschullehrer, XVI., Spedbacherstraße 13	626	423
		Hauke Eduard, k. k. Landwehrmajor i. R. und Hausbesitzer, XVI., Wichtelgasse 36		406
XVII.	2	Leitner Josef, Gemischtwaren-Verfleißer, XVII., Rosensteingasse 47	721	475
		Kauscher Ferdinand, Bürgereschullehrer, XVII., Jörgersstraße 30		463
XVIII.	2	Rader Julius, Dr., prakt. Arzt, XVIII., Gentzgasse 118	1384	855
		Comola Leopold, Bürgereschullehrer, XVIII., Kreuzgasse 77		810
XIX.	1	Litzbauer Karl, Abtheilungs-Vorstand der Unionbank und Hausbesitzer, XIX., Vormoserstraße 3	470	278

In die engere Wahl sind noch einzubeziehen die Wahlcandidaten:

III. Bezirk: **Gierker** Josef, k. u. k. Professor i. P., III., Beatrixgasse 19 (1047).

" " **Zimmermann** Karl, Dr., Hof- und Gerichtsadvocat, III., Beatrixgasse 19 (1040).

VI. Bezirk: **Herrdegen** Johann, Inspector der Wien-Aspangbahn, VI., Kafernengasse 14 (427).

" " **Litschke** Moriz, Drechsler, VI., Gumpendorferstraße 65 (441).

VII. Bezirk: **Wiesler** Johann, Uniformhutfabrikant, VII., Stuckgasse 8 (611).

" " **Rosenkling** Johann Georg, Ingenieur, VII., Dreilaufergasse 8 (599).

IX. Bezirk: **Schenzel** Franz X., k. u. k. Hof-Lapezierer und Hausbesitzer, IX., Rußdorferstraße 64 (601).

" " **Fritsch** Stephan, Stuccaturer und Hausbesitzer, IX., Währingerstraße 60 (526).

X. Bezirk: **Wabersitz** Matthias, Bürger und Controlor der Staatsbahn, X., Himbergerstraße 7 (222).

" " **Wieder** Alois, Bürger, Seifensieder und Hausbesitzer, X., Waldgasse 21 (211).

- XII. Bezirk: **Staznik** Josef, Spengler und Hausbesitzer, XII., Bischofsgasse 3 (185).
 " " **Göh** Josef, Kaffeehändler und Hausbesitzer, XII., Schönbrennerstraße 56 (238).
 " " **Joe** Franz, Dr. phil., f. l. Professor, XII., Theresienbadgasse 4 (216).
 " " **Platter** Hugo, f. l. Postcassen-Controllor i. P., XV., Felberstraße 22 (222).

Bezirksausschusswahlen.

(Bezirksausschusswahl im X. Bezirke Favoriten.) Die am 1. April 1895 vom zweiten Wahlkörper des X. Gemeindebezirkes vorgenommene Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 ergab folgendes Resultat. Von den 510 Wahlberechtigten erschienen 454 an der Urne und wurden 446 gültige Stimmen abgegeben. Hievon entfielen auf Ferdinand H e n n e b e r g, Baumeister, X. Bezirk, Hafengasse Nr. 60, 211 Stimmen und auf Friedrich M e h l i n g, Gastwirt, X. Bezirk, Triesterstraße Nr. 23, 214 Stimmen. Diese Wahlcandidaten sind daher in die für den 3. April anberaumte e n g e r e W a h l einzubeziehen.

Commission für Verkehrsanlagen.

30. März 1895.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1202 Arbeiter verwendet; hievon waren 452 beim Bau des Schleusencanals nächst Rußdorf, 380 beim Bau der Gürtel-, Vorort- und Wienthallinie der Stadtbahn, 170 bei dem Sammelcanal rechts des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: beim Schleusenbau 4 Dampfmaschinen und 1 Fuhrwerk, bei den Bahnbauten 1 Dampfmaschine und 43 Fuhrwerke, beim Sammelcanal 23 Fuhrwerke.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 24. März bis 30. März 1895.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 265.481 kg	(Davon aus Niederösterreich — 1.6725; aus Oberösterreich — 1064; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 4886; aus Galizien — 67.618; aus Ungarn — 9885; aus der Bukowina — 5303; aus Krain — —; aus Croatien — —; aus Böhmen — — kg)
Kalbfleisch . . . 39.629 "	(Davon aus Niederösterreich — 612; aus Oberösterreich — —; aus Mähren — 43; aus Galizien — 38.021; aus Ungarn — 701; aus der Bukowina — 252 kg)
Schafffleisch . . . 2002 "	(Davon aus Niederösterreich — 137; aus Oberösterreich — —; aus Mähren — 47; aus Galizien — 594; aus Ungarn — 1051; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 173 kg)
Schweinefleisch . . . 58.620 "	(Davon aus Niederösterreich — 20.464; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 446; aus Steiermark — —; aus Mähren — 866; aus Galizien — 26.598; aus Ungarn — 10.246; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber 2.560 Stück	(Davon aus Niederösterreich — 93; aus Oberösterreich — —; aus Salzburg — —; aus Mähren 38; aus Galizien — 2341; aus Ungarn — 76; aus der Bukowina — 12; aus Croatien — — St.)
Schafe 104 "	(Davon aus Niederösterreich — 88; aus Oberösterreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 4; aus der Bukowina — 2; aus Ungarn — 10; aus Croatien — — St.)
Schweine 802 "	(Davon aus Niederösterreich — 64; aus Mähren — 15; aus Galizien — 680; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 43 St.)
Lämmer 841 "	(Davon aus Niederösterreich — 439; aus Mähren — 74; aus Galizien — 15; aus Ungarn — 313 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch (vorderes)	von 30 bis 64 fr. per Kg.
	" (hinteres)	" 36 " 70 " " "
	Rostbraten u. Nieden	" 50 " 100 " " "
Kalbfleisch		" 30 " 78 " " "
Schafffleisch		" 44 " 56 " " "
Schweinefleisch		" 46 " 80 " " "
Kälber		" 34 " 58 " " "
Schafe		" 32 " 46 " " "
Schweine		" 46 " 64 " " "
Lämmer		" 2 1/2 " 6 fl. per Stück.

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren gegen die Vorwoche schwächer und war die Nachfrage infolge flauen Geschäftsganges eine wesentlich verringerte. Kalbfleisch wurde um 6 fr., Kälber um 2 fr., Schafe und Schweine um 4 fr. billiger verkauft. Die übrigen Fleischwaren zeigten jedoch unveränderte Notierung.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 1. April 1895.

1. Auftrieb.

Maßvieh 4148, Weidevieh —, Weinvieh 1538.

Summa . 5686.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2442
Galizische " . . .	1241
Deutsche " . . .	1805
Büffel " . . .	198

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4381
Stiere	358
Kühe	947

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere von 52 bis 62 fl.		
(extrem . . . 62 1/2 " 66 ")		
Galiz. Schlachtthiere " 51 " 61 ")		
(extrem . . . — " 62 ")		
Deutsche Schlachtthiere " 52 " 65 ")		
(extrem . . . 66 " 67 ")		
Weidevieh " — " — ")		

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 1/2 bis 45%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
 a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
 b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.;
 c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugefleht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 20 bis 34½ fl.
Stiere	22 " 34½ "
Kühe	21 " 31½ "
Büffel	15½ " 26 "
Weinvieh	19 " 21 "
Weidevieh	— " — "

c) Preis per Stück:

Weinvieh . . . von 30 bis 65 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen 171 Stück

Weinvieh 97 "

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 382 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge Aufhebung der Marktsperre insbesondere seitens der Provinzfliechhauer sehr lebhaft. Bei dem starken Auftriebe sind jedoch nur in Prima- und Mittelware theilweise Preisbesserungen von ½ bis 1 fl. per 100 kg erzielt worden, während im allgemeinen, namentlich in minderen Sorten der Mastware keine wesentliche Preisänderung eingetreten ist. Weinvieh wurde bei dem starken Angebote um 2 bis 3 fl. per 100 kg billiger abgegeben.

* * *

Pferdemarkt vom 29. März 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 420 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 80—850 fl. per Stück.

Schlachtperde 23—80 " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. März 1895.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 77—82 kg)	von 7 fl. — fr. bis 7 fl. 60 fr.
Roggen (" " 1 " 72—77 ")	" 6 " — " 6 " 35 "
Gerste	" 5 " 25 " 8 " 75 "
Mais	" 7 " 25 " 7 " 70 "
Hafer	" 6 " 75 " 7 " 60 "

b) Mählproducte.

Griech	von 11 fl. 60 fr. bis 13 fl. 25 fr.
Weizenmehl { neue Type	" 7 " 30 " 12 " 50 "
{ alte "	" 5 " 80 " 13 " 25 "
Roggenmehl	" 6 " 75 " 11 " 50 "
Weizenkleie	" 4 " 40 " 4 " 75 "
Roggenkleie	" 4 " 50 " 4 " 70 "

Städtisches Lagerhaus.

Vom 21. März bis 28. März 1895.

Waren eingelagert 15.970 Meter-Centner

" ausgelagert 35.844 "

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 10.363 Meter-Centner.

Lagerstand vom 28. März 1895: 247.760 Meter-Centner, und zwar:	
52.157 Meter-Centner Weizen,	52.050 Meter-Centner Roggen,
50.537 " Gerste,	21.710 " Hafer,
2.286 " Mais,	21.173 " Ölsaaten,
8.520 " Mehl u. Kleie,	1.679 " Wein,
7.894 " Zucker,	— Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2.461.240 fl. öfl. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrats für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:
vom 28. März bis 1. April 1895:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Schüttelstraße, Ecke der Brandgasse, Grundb.-Eint. 1849, von Ferd. Dehm & J. Olbricht, Baumeister (1675).
 " " Haus, Schüttelstraße, Bauf. XIV, Gruppe H, von Eduard Heppich, Bauführer A. Schlesak (1688).
 " " Kaffeehaus und Schaubuden, k. k. Prater, Ausstellung „Venedig“, von Gabor Steiner, durch Dr. Max Diamant, Bauführer C. Schmidt (1709).
 III. Bezirk: Haus, Fasangasse 18, von Karl Drexler, VIII., Laubengasse 46, Bauführer J. Dolezal (1678).
 VII. Bezirk: Haus, Burggasse 10, Spittelberggasse 32 und 34, von Hermine Reiser, VII., Burggasse 6—8, Bauführer J. Chalusch (1702).
 XIII. Bezirk: Zwei Stock hohes Haus, Penzing, Penzingerstraße 52, von Joh. Pamingier, Bauführer Karl Langer, Stadtbaumeister (8700).
 XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Röggersgasse, Eint.-Z. 123, von Theresia Storch, IX., Wieselgasse 27, Bauführer Franz Clement (12046).
 XIX. Bezirk: Wohnhaus, Döbling, Paradiesgasse 4, von Severin Hinterberger, Zglaserstraße, Bauführer Adolf Micheroli (6350).

Für Umbauten:

- XIV. Bezirk: Erbauung eines Fruchtmagazins und einer Mälzerei, Rudolfsheim, Prinz Karlstraße 17, von Max Freih. v. Springer, L. Kärnthnering, Bauführer Fellmer & Fellner, Architekten (9446).

Für Zubauten:

- VII. Bezirk: Neubaugasse 60, von Josef Schaffler, Bauführer A. Brunner (1692).
 X. Bezirk: Evangelischer Friedhof, von dem Evangelischen Friedhofsges. Comité, Bauführer Josef Kapetter (13019).
 XI. Bezirk: Stall sammt Kutscherwohnung, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 46, von Max Mitt. v. Uhl, III., Reissnerstraße 20, Bauführer Joh. Schneider (4927).
 XIII. Bezirk: Auf- und Zubau, Unter-St. Veit, Anhofstraße 27, von Gottfried Moritz, Bauführer J. Kopf, Stadtbaumeister (8744).
 " " Zubau und Adaptierung, Unter-St. Veit, Anhofstraße 29, von Wilhelm Groissinger, Bauführer J. Kopf, Stadtbaumeister (9312).
 " " Zubau und Adaptierung, Breitensee, Breitenseeerstraße 76, von Josefa Beyhitz, Bauführer E. Zahka, Stadtbaumeister (9315).
 " " Zubau, Breitensee, Reudersstraße 31, von Jakob und Theresia Zona, Bauführer E. Zahka, Stadtbaumeister (9316).
 XIV. Bezirk: Erbauung einer Schuppe, Rudolfsheim, Johannastraße 21, von Leopold Grestenberger, Johannastraße 26, von Johann Schrepfer (9437).

Für Adaptierungen:

- II. Bezirk: Mosternburgerstraße 14, von Joachim J. Horacek, Bauführer ? (1670).
 III. Bezirk: Strohgasse 4, von Josef Gall, Baumeister (1681).
 XVI. Bezirk: Ottakring, Schottengasse 17, von Franz Huber, ebenda, Bauführer Franz Gräf (16232).
 " " Ottakring, Ganglbauerstraße 29, von A. Pfannhauser, VIII., Strozgasse 41, Bauführer Franz Bod (16233).
 " " Ottakring, Ruhngasse 4, von Otho Fränkl, ebenda, Bauführer W. Gabaner (16382).
 " " Ottakring, Wichtlgasse 1, von Karl Niederleitner, ebenda, Bauführer Wilh. Maissner & Fr. Roth (16540).
 XVII. Bezirk: Dornbach, Zwerngasse 18, von Baron Dumreicher, Bauführer Johann Steinmayr (11767).
 " " Hernals, Wichtlgasse 5, von Florian Dračka, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (12152).
 " " Hernals, Wichtlgasse 51, von Peter Eder, ebenda, Bauführer Adalbert Pachner (12219).
 XVIII. Bezirk: Währing, Pulverturmstraße 19, von Anton Lux, ebenda, Bauführer Franz Raindl, Maurermeister (10327).

Für diverse (geringere) Bauten:

- I. Bezirk: Fassade-Erneuerung, Graben 13, von der k. k. Assicurazioni Generali in Triest, Bauernmarkt 2, Bauführer Stagl & Brodhag (1722).

- II. Bezirk: Canalisierung, Prater-Ausstellung „Venedig“, von Georg Steiner, durch Dr. Max Diamant, Bauführer Victor Schwadron (1708).
- „ „ Glühöfen-Ausstellung, Dresdnerstraße 110, von Winter & Adler, Bauführer ? (1727).
- „ „ Magazin, Cat.-Parc. Trennstraße 3651/2, von der Österreichischen Bodencreditbank, Hofenstauengasse 12, Bauführer C. Michna (1730).
- III. Bezirk: Rohrcanal, Neisnerstraße 39, von Dr. Moriz Adolfs, Bauführer Leop. Popp (1717).
- „ „ Keller und Magazin, Schlachthausgasse 41, von Ad. Jg. Mautner & Sohn, Bauführer C. Stigler (1731).
- VI. Bezirk: Abort, Königsberggasse 4, von Gabriel Rötter, Kopernikusgasse 13, Bauführer Heinrich Staud (1718).
- IX. Bezirk: Rohrcanal, Porzellangasse 3, von Gebrüder Andrae, Rainergasse 3, Bauführer Eudeneder & Misierowski (1732).
- XI. Bezirk: Abort, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 46, von Max Mitt. v. Uhl, Bauführer Joh. Schneider (4928).
- „ „ Canalherstellung, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 25, von Adolfs Ludwig, ebenda, Bauführer Joh. Schneider (4926).
- XIII. Bezirk: Schöpfen, Abort- und Stiegenbau, Haching, Auhofstraße 206, von Antonia Steiger, Bauführer Franz Bürger, Maurermeister (9194).
- XIV. Bezirk: Herstellung eines Hauscanales, Rudolfsheim, Nobilgasse 49, von Steiner & Pollak, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (9439).
- „ „ Herstellung eines Hauscanales, Rudolfsheim, Nobilgasse 39, von Johann Reichwill, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (9440).
- „ „ Herstellung eines Hauscanales, Rudolfsheim, Sturzgasse 49, von Franz Krivanek, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (9441).
- „ „ Herstellung eines Hauscanales, Rudolfsheim, Sturzgasse 45, von Jg. Städtlinger, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (9442).
- XIX. Bezirk: Steingugrohrleitung und Aborte, Döbling, Hohe Warte 46, von Cäcilie Goldschmidt, ebenda, Bauführer Franz Feigl (6349).
- „ „ Einfriedungsgitter, Döbling, Colloredoergasse 15, von Reinhold Trampler, ebenda, Bauführer F. Bayer (6540).
- „ „ Gartenfalon, Döbling, Armbrusterergasse 13, von Michael Pink, ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun. (6502).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

- XIV. Bezirk: Zubau und Stockwerks-Aufsetzung, Rudolfsheim, Nobilgasse 42, von Leopoldine Repler, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (9438).
- XV. Bezirk: Drittes Stockwerk auf den zwischöckigen Quertract wird aufgesetzt, Hühnhaus, Schönbrunnerstraße 12, von Heinrich Mayer, Hotelier, ebenda, Bauführer Frastl (7650).

Gefuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Schlittaufstraße, Baustelle 14, Gruppe H, von Eduard Heppach (1687).
- „ „ Große Sperlgasse 5, von Dr. Joh. Nep. Schüller, Hof- und Gerichtsadvocat (1699).
- VII. Bezirk: Neubaugasse 75, Neustiftgasse 65, von Alfred und Otto Berger, durch Dr. Ad. Löchner (1714).
- IX. Bezirk: Eijengasse 9 a, von Josef Marek, Baumeister (1676).
- „ „ Sobiesktgasse, Grundb.-Einkl. 1606, Aufschorferstraße, Grundb.-Einkl. 644, von Josef Kell, Aufschorferstraße 73 (1729).
- XIII. Bezirk: Ober-St. Veit, Auhofstraße 138, von Alois und Pauline Weidlich (8742).
- XVI. Bezirk: Cat.-Parc. 1821/1, Einkl.-Z. 1354 Ottafiring, Flößersteig, von Julius Frankl, I., Opernring 5 (16764).
- XVII. Bezirk: Baustelle, Hernals, Röhrgasse, Einkl.-Z. 123, von Theresia Storch (12044).
- „ „ Bauparcelle, Hernals, Lobenhauerergasse 25, Conscr.-Nr. 707, von Michael Vogler (12078).

Demosirungsanzeigen wurden überreicht:

- XIII. Bezirk: Breitenfee, Breitenfeerstraße 76, von Josefa Beywiltz, Demosirender L. Jagka (9314).

Gewerbebeanmeldungen vom 22. März 1895.

(Fortsetzung.)

- Griffa Karl — Verschleiß von Kalendern und Heiligenbildern — VII., Burggasse 79.
- Koufolit Josef — Verschleiß von Kerzen, Seife, Öl, Petroleum und Kurzwaren — VI., Stumpergasse 20.
- Mond Debora — Verschleiß von neuen Kleidern — VII., Westbahnstr. 14.

- Buchtel Eduard — Verschleiß von Mehl, Grieß, Germ und Zuckerwaren — VII., Rindergasse 5.
- Kainz Rudolf — Verschleiß von trockenem Thee — VII., Burggasse 113.
- Slovak Rosalia — Victualien-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 129.
- Marbach Julius — Wasserleitungsinstallateur — VIII., Kochgasse 25.
- Hammer Josef — Webwaren-Erzeuger — VI., Garbergasse 5.
- Nowak Georg — Zeitungs-Verschleiß — XIX., Hauptstraße 30.
- Stubenvoll Agnes — Zeitungs-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 1.
- Reichel Josef — Zimmermaler — VI., Dreihufeisengasse 1.
- Sagui Victor — Zudeckbäcker — VIII., Pfeilgasse 4.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 23. März 1895.

- Kreyca Johann — Ausführung von Gasrohrleitungen und Wassereinleitungen — IV., Große Neugasse 6/8.
- Seligmann Otto — Behördlich autorisierter Bau-Ingenieur — IV., Schwindgasse 3.
- Sagl Marie — Bettwaren-Verschleiß — IX., Riedtensteinstadt 10.
- Snpl Friedrich — Dienstleistung für die Firma Alstoll's Nachfolger — V., Grillinggasse 23.
- Opawsky August jun. — Fabrikmäßige Erzeugung von Cigarettenhüllen und Papierpfeifen für Cigarren und Cigaretten — IV., Kettenbrückengasse 8.
- Horna Georg — Fiaker (Lic.-Nr. 243) — IV., Belvederegasse 10.
- Mayer Karl — Fleischhauer — IV., Hauptstraße 2.
- Gllinger Johann — Friseur und Rasenr — XIV., Storchengasse 20.
- Holler Franz — Wirt — IV., Favoritenstraße 58.
- Gödel August — Gastwirts-gewerbe — IV., Wienstraße 35.
- Klemmayer Wenzel — Gastwirts-gewerbe — IV., Schaumburgerstr. 10.
- Rohrer Georg — Gastwirts-gewerbe und Fremdenbeherbergung — IV., Hauptstraße 78.
- Schmayer Julius — Gastwirts-gewerbe — IV., Rittergasse 3.
- Zelnicek Gottfried — Gastwirts-gewerbe — IV., Karolinengasse 29.
- Broz Laurenz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 64.
- Kadley Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Goldschlagstr. 62.
- Kernitz Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Pflanzengasse 1.
- Nagl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Currentgasse 8.
- Zollschän Mina — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Kleine Neugasse 4.
- Fettelheim Gottlieb, Reiner Max — Handel mit Baumaterialien — IX., Kolingasse 5.
- Reimann Leopold, Postovsky Adolf — Handelsagentie mit rohen Geweben — I., Zeltinggasse 6.
- Bernauer Hans — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Typographische Caricaturen“ — IX., Alferstraße 32.
- Seligmann Friedrich — Ingenieur-Beschäftigung — IV., Große Neug. 2.
- Silberbauer Katharina — Kaffeesiebgewerbe — IV., Starhemberg. 34.
- Hofy Franz — Herrenkleidermacher — IV., Leibenfroitzgasse 5.
- Kiebers Florence — Frauenkleidermacherin — I., Eßlinggasse 15.
- Mold Franz — Kürschner — IX., Althangasse 19.
- Wacker Francisca — Kürschnergewerbe — V., Hundstürmerstraße 14.
- Kohant Karl — Marktvictualienhandel — IV., Wehringergasse 10.
- Schwarz Marie — Marktvictualienhandel — IV., Karolinengasse 1.
- Wöber Marie — Niedermacherin — IV., Alleeergasse 64.
- Byhnal Josef — Milch-Verschleiß — IV., Fleischmannsgasse 1.
- Kraft Katharina — Naturblumen-Verschleiß — I., Markt, Am Hof.
- Reb Katharina — Obstweinschank mit Speisenverabreichung — IX., Epitalgasse 25.
- Goldrian Heinrich — Pachtbetrieb einer Hallentröbder-Concession — IX., Wiener Tröbderhalle, Zelle 128.
- Zappert Marie Mathilde — Pfaidlerin — IV., Hauptstraße 4.
- Zelnicek Alois — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XI., Sieveringergasse 170.
- Freyhler Bertha — Privatschule für französische und englische Sprache in Verbindung mit einem Pensionate für Mädchen — III., Wasserergasse 30.
- Kell Karl — Provisionsagentie — III., Rafumoffstgasse 20.
- Hoffmann Johann — Schuhmachergewerbe — IV., Phornsgasse 9.
- Pandartel Franz — Schuhmacher — IX., Wagnergasse 6.
- Walt Theresia — Schuhwaren-Verschleiß — IV., Wehringergasse 8.
- Wanek Josef — Selchwaren-Verschleiß — V., Siebertgasse 4.
- Bloch Anna — Spirituosen-Verschleiß — III., Erbbergerlande 10.
- Kraus Georg Emil — Tapezierer — IV., Althangasse 3.
- Böbel Marie — Verschleiß von Geflügel und Wildbret — IV., Favoritenstraße 17.
- Heinrich Johann — Verschleiß von Juwelen, Gold- und Silberwaren — IV., Hauptstraße 45.
- Zigbor Max — Verschleiß von Gold- und Silberwaren und Uhren — IV., Margarethenstraße 18.
- Lühr Johann — Verkauf von Schulbüchern und Kalendern — XIX., Silberergasse 7.
- Haag Marie — Victualien-Verschleiß — V., Kettenbrückengasse 13.
- Paulicek Magdalena — Victualien-Verschleiß — XIX., Würtzgasse 14.
- Kögler Heinrich — Verfassung von Zinsfessionen — V., Brandmayerg. 9.
- Pieta Francisca — Zeitungs-Verschleiß — XIV., Schönbrunnerstr. 85.
- Lühr Johann — Zeitungs-Verschleiß — XIX., Silberergasse 7.
- Knapp Franz — Ziegelbäcker — XI., Kaiser-Eberharderstraße 260.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 26. März 1895.

- Mandeltort Hugo — Ausführung von Polier- und Bauplänen für Fagaden der inneren Decorationen, sowie Verfassung von Kostenüberschlägen — II., Jägerstraße 18.
- Kohleber Franz — Ausführung von Bau- und Polierplänen, Detailzeichnungen von Fagaden der inneren Decorationen, sowie Verfassung von Kostenüberschlägen — II., Jägerstraße 18.
- Rußbaumer Georg — Austragen von Brot gegen 20 Percent Provision bei dem Bäckermeister Josef Ostermann — XVI., Elisabethgasse 5.
- Schulz Johanna — Bearbeitung von Glimmer zu Beleuchtungs- und sonstigen Zwecken und Erzeugung, sowie Verschleiß von solchen Gegenständen — II., Am Tabor 34.
- Stadlmann Johann Adam — Betrieb eines Depositoriums zur Verköstigung der Arbeiter auf dem Bau — XVIII., Gengasse 46.
- Spazierer Johann — Bürstenmacher — XVII., Dttakvingerstraße 28.
- Sal Gotthold — Commissions-Verschleiß von Galanterie- und Kurzwaren — II., Glöckengasse 6.
- Jaeger Siegmund — Drechslerwaren-Verschleiß — VII., Halbgaße 11.
- Hrbi Thomas — Eishandel — X., Siecarbsburggasse 24.
- Poppel Anton, Poppel August, Poppel Otto — Erzeugung und Reparatur von Dampfsejeln — II., Dresdnerstraße 31.
- Habermüller Katharina — Feigekaffee-Verschleiß — XVI., Gablenzg. 52.
- Bladt Anna — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen — II., Jägerstraße 45.
- Röhner Marie — Ziafer-Licenz 622 — XVII., Lobenhauerngasse 6.
- Banckhaus Ludwig v. Erlanger — Finanzierung mehrerer österreichischer Eisenbahn-Unternehmungen — I., Heßgasse 1.
- Graf Marie — Fleisch-Verschleiß — XVII., Urbangasse 3.
- Gräßl Johann — Fleischhauer — II., Karmelitermarkt.
- Hirschmann Jetti — Fleisch-Verschleiß — II., Nobaragasse 12.
- Seiler Alois — Fleisch- und Sechwaren-Verschleiß — X., Lazenburgstraße 60.
- Hofbauer Josefine — Fournierholz-Verschleiß — X., Quellengasse 86.
- Glück Johann Georg — Frachttransport mit dem Kleinfuhrwerk — X., Quellengasse 270.
- Halbenwang Andreas — Gastwirt — XIII., Schwenberggasse 61.
- Holmann Johann — Wirtsgewerbe — VII., Burggasse 83.
- Griessler Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Reinhardtsgasse 38.
- Zung Josef — Getreideagentie — XVI., Friedrich Kaiserg. 73.
- Krieg Rosina — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Markthalle, Zelle 10.
- Pelka Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Josefinegasse 8.
- Eufchitz Pepi — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Gaidgasse 10.
- Winkler Rest — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Volkertplatz 13.
- Reichenfeld Josef — Getreideagentie — II., Frucht- und Viehbörse.
- Tonon Ruggiero — Gewerbmäßige Bauunternehmung — XVIII., Gymnasiumstraße 17.
- Charatan Mayer — Glaser — II., Herminengasse 15.
- Friedmann Flora — Handel mit Olfarben-Druckbildern, Photographien und Bilderbüchern — II., Praterstraße 16.
- Karnisch Elisabeth — Häkeln von Kopftüchern — II., Darwingasse 21.
- Schneid Karl — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Militärpost“ — VIII., Perchenfeldstraße 146.
- Markus David — Indusriemalgewerbe — VII., Westbahnstraße 18.
- Devide Walther — Kaffeebrennerei und Feigekaffee-Erzeugung — XIV., Grunmgasse 29.
- Arazim Johann — Herrenkleidermacher — II., Hofeneberggasse 1.
- Melich Johann — Herrenkleidermacher — II., Brigittenauerlände 34.
- Reumann Anna — Damenkleidermacherin — II., Wallensteinstraße 34.
- Silberstein Ketti — Damenkleidermacherin — II., Wallensteinstraße 63.
- Bittermann Johanna — Wackvictualien-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
- Müller Friedrich — Metallgießer — XV., Fünfhausegasse 18.
- Gröger Josefine — Milch-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 86.
- (Das weitere folgt.)

Inhalt:**Gemeinderath:**

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 26. März 1895.

Inhalt:**Mittheilungen des Vorsitzenden:**

1. Entschuldigung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und der Gem.-Räthe Markl, Mayer, Schrenck und Dr. Lerch wegen Fernbleibens. 873
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Köhrl, betreffend die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung der Pillergasse, Sechshausersstraße, Arnstein- und Kürnberggasse. 873

Seite

Interpellationen:

3. Gem.-Rath Weimann, betreffend die Vergebung der Arbeiten für das Wassererschöpfwerk in der Preßburger Reichsstraße im XI. Bezirke. 873
4. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend den Zustand der Schweglerstraße im XIV. Bezirke. 873
5. Gem.-Rath Wimbberger, betreffend die Beeinträchtigung des Gastwirts-gewerbes durch die Agitation der Civilmuskler gegen die Militärcapellen. 873
6. Gem.-Rath Dr. Gschmann, betreffend die Activierung mehrerer Sectionen der Wahlcommission im XIII. Bezirke. 874
7. Gem.-Rath Gregorik, betreffend dieselbe Angelegenheit. 874
8. Derselbe, betreffend die Berücksichtigung der verschiedenen Parteien im Gemeinderathe bei der Zusammensetzung der Wahlcommissionen. 875

Antrag:

9. Gem.-Rath Dr. Gschmann, betreffend Stellungnahme des Gemeinderathes, beziehungsweise des Bürgermeisters gegen die vom Gem.-Rathe Rosenfingl angeblich verführte Wahlbeeinflussung städtischer Beamten. 875

Referate:

10. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Baulinienbestimmung für einen Theil der Herren-, Strauch- und Regierungsgasse im I. Bezirke. 880
11. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend das Project für die Wasserrohrlegungsarbeiten zur Versorgung des XI. Bezirkes mit Hochquellenwasser. 881
12. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Mümannstraße und Gemeindegasse im XIV. Bezirke. 882
13. Gem.-Rath Mitt. v. Reumann, betreffend die Baulinienbestimmung für die Fuchtergasse auf Seite der ungeraden Nummern im IX. Bezirke. 882
14. Derselbe, betreffend den Ankauf des Hauses XVI., Lange-gasse 11, behufs Errichtung eines Volksbades. 884
15. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend den Ankauf des Hauses IX., Marttgasse 4, behufs Erweiterung des Schulhauses Mferbachstraße 23. 885
16. Gem.-Rath Dr. Leberer, betreffend die Überlassung eines Theiles der Cat.-Pare. 781/1, Einl.-Z. 521 in Hütteldorf an den Linien-Kapellenbauverein. 885
17. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines jährlichen Subventionsbeitrages für den an der Pfarre in Inzersdorf neu zu bestellenden Hilfspriester. 886
18. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Comites für Studentenconvicte. 886
19. Derselbe, betreffend die Vertheilung der städtischen Diener der drei Bezugsclassen nach Trennung des bestehenden Concretinalstatus und die Systemisierung von 30 definitiven Hallendienerstellen. 886

Wahl:

20. Vornahme der Wahl der Mitglieder und Ersatzmänner in die Commission zur Bemessung der Militärtage pro 1894. 890

Stadtrath:

- Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. März 1895. 890
- Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. März 1895. 894

Allgemeine Nachrichten:

- Gemeinderathswahlen:**
- Ergebnis der am 1. April 1895 vom zweiten Wahlkörper vorgenommenen Wahlen. (Junctionsdauer bis 1901). 896

Bezirksauswahlschüsse:

- Bezirksauswahlschusswahl im X. Bezirke Favoriten. 897
- Commission für Verkehrsanlagen. 897

Approvisionnement:

- Täglicher Fleischmarkt vom 24. bis 30. März 1895. 897
- Schlachtviehmarkt vom 1. April 1895. 897
- Pferdemarkt vom 29. März 1895. 898
- Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. März 1895. 898
- Städtisches Lagerhaus. 898

Baubewegung:

- Gesuche um Baubewilligungen vom 28. März bis 1. April 1895. 898
- Gewerbebeanmeldungen. 899
- Kundmachungen. 899

Beilage:

- Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates (III).

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich Edler v. Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausner's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), Wien, I., Wallfischgasse 10.